Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 265. Dienstag, den 13. November 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Rechnung.

Dem Bundesrath ist Sonnabend der Etat für die Expediton nach Ostasien zugegangen, und zwar in der Form eines dritten Nachtrages zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900. Zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben werden

152 770 000 Mk.

gefordert, die im Wege des Pumpes, oder, wie man sich amtlich ausdrückt, des „Kredites“, flüssig zu machen sind.

Die Vorlage lautet:

§ 1. Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte dritte Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1900 wird in Ausgaben auf 152 770 000 Mk. an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats und in Einnahmen auf 152 770 000 Mk. festgestellt und tritt dem Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1900 hinzu.

§ 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Samme von 152 770 000 Mk. im Wege des Kredits flüssig zu machen.

§ 3. Soweit Ausgaben auf die im § 1 bezeichneten Beträge zu den Verwendungszwecken des zugehörigen Nachtrags-Etats bereits geleistet sind, werden sie nachträglich genehmigt und kommen auf den im § 2 bewilligten Kredit in Anrechnung.

Die gesammte Forderung zerfällt in folgende einzelne Positionen:

1. Ausgaben bei der Verwaltung der Heeres	119 800 000	Mk.
2. bei der Verwaltung der Marine	28 857 000	„
3. bei der Post- und Telegraphenverwaltung .	3 800 000	„
4. Pensionen, Wittwen- und Waisengelder 2c.	243 000	„
5. Kosten einer Medaille für die Theilnehmer an der Expedition	70 000	„

Die einzelnen Ansätze entsprechen dem nach überschläglicher Schätzung ermittelten Bedarfe bis zum 31. März 1901.

Für das Rechnungsjahr 1901 wird

eine weitere Vorlage

gemacht werden, sobald sich die Verhältnisse genügend übersehen lassen.

In der „Begründung“ wird gesagt:

Bei der Eigenartigkeit des ostasiatischen Unternehmens und der dadurch bedingten Unsicherheit in der Schätzung der Kosten kann es sich zur Zeit nur darum handeln, die allgemeine Ermächtigung zur Leistung der nöthigen Ausgaben zu erlangen. Diese wird in der Form eines Nachtragsetats nachgesucht, um wenigstens diejenige Gliederung der Ausgaben zu bieten, welche gegenwärtig möglich ist. Da von den im Nachtragsetat geforderten Beträgen ein erheblicher Theil bereits geleistet ist (wie viel denn?), wird hierfür in § 3 des Etatsgesetzes die **nachträgliche Genehmigung** nachgesucht.

Der Vorlage ist eine ausführliche „Denkschrift“ beigefügt über die vermeintliche politische Nothwendigkeit der Expedition, über die Maßnahmen beim Heere 2c. Außerdem sind Anlagen beigegeben über die ursprüngliche Kriegsgliederung des Expeditionskorps und über die Kriegsgliederung des verstärkten Ostasiatischen Korps, eine Uebersicht über die voraussichtlichen Kosten der Schiffe für den Personal- und Materialtransport usw.

Die Stärke des ganzen Expeditionskorps beträgt: 582 Offiziere, 120 Sanitätsoffiziere, 161 obere Beamte, 18 712 Mannschaften, 27 untere Beamte, 5 579 Pferde. Ersatz für Abgänge beim Expeditionskorps hinauszusenden, ist nur vorgesehen, wenn die Verhältnisse dies durchaus erfordern.

Also nur bis zum 31. März 1901 werden 152 Millionen Mark gefordert! Fortsetzung aber folgt. So übersteigt schon auf den ersten Anlauf hin der Betrag des Pumpes die Anleihe in Amerika fast um das Doppelte! Und ein Ende der Aktion läßt sich schlechterdings nicht entfernt absehen! Millionen über Millionen also kostet uns das chinesische Unternehmen! Von den Zinsen dieser Millionen allein könnten daheim große Kulturaufgaben gelöst werden, die jetzt vergeblich ihrer Lösung harren: Und wer schätzt die Opfer an Menschenleben! . . . Es wird ein munterer Tanz werden im Reichstage!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der Reichstags-Ersatzwahl in Randow-Greifenhagen hat sich das Resultat völlig geändert, seitdem auch aus den noch fehlenden Ortschaften die Resultate eingegangen sind. Danach ist der konservative Kandidat Prätorius, nach vorläufiger Feststellung, mit 14 580 Stimmen gewählt worden; Körsten (SD.) erhielt 11 760, Dohrn (FVg.) 1 480 Stimmen. Nach einem der „Kreuz-Ztg.“ zugegangenem Telegramm soll die Mehrheit der Konservativen nur 500 Stimmen betragen. Legt man das von Wolff gemeldete Resultat zu Grunde, so sind, gegenüber dem Wahlausfall von 1898, die konservativen Stimmen um etwa 440 zurückgegangen, die freisinnigen aber um etwa 200 und die sozialdemokratischen Stimmen gar um rund 1200 gewachsen. Ein bei einer Ersatzwahl nicht zu verachtender Erfolg! Der Sieg der Konservativen ist ein Pyrrhussieg und die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo der Kreis in unsere Hände übergeht. Uebrigens wird, wie die „Lib. Korr.“ ankündigt, gegen die Wahl von Prätorius Protest seitens der freisinnigen Vereinigung eingelegt werden. Welche Punkte im Proteste geltend gemacht werden sollen, wird zwar nicht mitgetheilt, doch wird seitens eines Berliner Berichterstatters mitgetheilt, daß die Wählerlisten höchst mangelhaft aufgestellt waren. In einzelnen Bezirken sollen bis zu 25 pZt. der Wähler dadurch von der Abgabe der Stimmzettel verhindert worden sein. In Frauendorf wies die Wählerliste beispielsweise 800 eingeschriebene Wähler auf und 250 Wähler mußten wegen Fehlens ihrer Namen von der Wahlurne zurückgewiesen werden. Aehnlich lagen die Verhältnisse in Grabow, Bredow und Züllchow. Viele Wahlberechtigte, die 25 Jahre dieselbe Wohnung innehaben, seit dieser Zeit stets in den Listen geführt wurden und ihr Wahlrecht regelmäßig ausgeübt haben, konnten diesmal nicht wählen. Zu Pommerensdorf waren zwei Gensdarmen (bekanntlich Militärpersonen) in der Wahlliste verzeichnet worden und übten das ihnen so bewilligte Stimmrecht aus. Nach Mittheilungen, die der „Vorwärts“ erhalten hat, sind ca. 3000 Wähler nicht eingetragen gewesen. Unter solchen Umständen ist also der konservative „Sieg“ zu Stande gekommen und der Reichstag wird nicht umhin können, die Wahl für ungültig zu erklären.

Bueck-Posadowsky und der Reichstag. Das neue Heft der „Zukunft“ widmet dem neu zusammentretenden Reichstag eine Betrachtung, aus der wir diese Stelle herausheben, die sich gegen die schlaffe Haltung des Bürgerthums wendet:

„Hat das Intermezzo Posadwsky-Bueck Euch noch nicht gelehrt, was die Glocke geschlagen hat? Das Entrüstungsstürmchen hat nicht lange gedauert und heute können solche Leute, die mit Ehrenhaftigkeit und Rittertugend prunken, die ganze Sache mit eiserner Stirn als eine aufgebauschte Bagatelle behandeln. Wir sind so abgebrüht, unsere Rechtsgefühl ist so stumpf geworden, daß wir diese unerhörte Geschichte, die vor ein paar Jahren noch die bequemsten Geister aufgerüttelt hätte, geduldig und fast ohne Staunen hinnehmen. Und diesem Vorspiel wird auch die Haupt- und Staatsaktion im Reichstag entsprechen . . . Möglich ist's, leider; doch nicht gewiß. Zu laut ist seit dem Lenz der Unmuth geworden, zu allgemein die Sorge um die Gesundheit, die Zukunft des Reiches. In den entlegensten, stillsten Gegenden ist sie erwacht und von Blättern weitergetragen worden, die jahrelang jeden Schritt der Regierenden priesen. Und in solcher Zeit sollten die vom Volke Abgeordneten nur ihre lokalen Schmerzen ins Reichshaus bringen . . . Wir wollen's nicht glauben. Der Reichstag muß fühlen, was für ihn auf dem Spiele steht. Er hat die Hoffnungen, die ihn bei der Geburt begrüßten, nicht erfüllt; aber er kann das geschwundene Vertrauen mit einem Schlag jetzt wieder gewinnen. Enttäuscht er diesmal, dann ist sein Prestige (Ansehen) vernichtet, dann ist auch im deutschen Land der Glaube an die Heilkraft des Parlamentarismus unwiederbringlich dahin.“

Gerüffelt hat der Erzbischof von Posen, von Stablewski, den Probst von Krzesinski, welcher in Meseritz-Bomst als deutsch-katholischer Kandidat für die Reichstags-Ersatzwahl aufgestellt ist. Das Schreiben Stablewski's hat folgenden Wortlaut:

„Im Interesse der Wahlfreiheit habe ich über Ihre Kandidatur bis jetzt geschwiegen, da Sie jedoch in ganz ungehöriger Form in einer öffentlichen Versammlung Ihre geistliche Obrigkeit provoziren und sich erlauben, auf die Wähler einzuwirken durch falsche Schlüsse, die Sie aus dem Verhalten dieser Obrigkeit gezogen, erkläre ich Ihnen, daß Ihr Verhalten vor den Wählern illoyal und für einen katholischen Priester in Anbetracht seiner kirchlichen Pflichten unziemlich und bedauerlich ist. (gez.) Florian, Erzbischof von Posen und Gnesen.“

Der scharfe Tadel des Erzbischofs gegen den Probst v. Krzesinsky ist veranlaßt worden durch die Aeußerung des Probstes in einer Wähler-Versammlung: „Die vielfachen Sympathiebezeugungen aus allen Schichten der Bevölkerung, auch von evangelischer Seite, und der Umstand, daß ihm von seiner vorgesetzten geistlichen Behörde keinerlei Zeichen eines Mißfallens („da oben wisse man ja ganz genau, was hier vorgehe“) geworden sei, gäben ihm Kraft und Ausdauer, sein Vorhaben fortzusetzen, trotz der Verdächtigungen einer gewissen volksparteilichen Presse.“

Zur Aufklärung wollen wir bemerken, daß sich in Meseritz-Bomst zwei polnische Kandidaten um das Mandat bewerben: einmal Krzesinski und dann der Rechtsanwalt v. Chranowsky, der von Seiten des früheren Zentrums-Kandidaten für Meseritz-Bomst, Abg. Stephan, unter Berufung auf Lieber, allen Zentrumswählern warm empfohlen wurde. Ob nach dem Rüffel Stablewski's der Probst Krzesinski seine Kandidatur noch aufrecht erhalten wird, erscheint uns einigermaßen zweifelhaft.

Herr v. Mirbach und die Rhinocerosse. Aus Potsdam wird dem „Vorw.“ von einem Parteigenossen, der lebhaft bedauert, daß kein Stenograph dabei gewesen, der folgende Bericht über eine Rede des Kammerherrn der Kaiserin Freiherrn v. Mirbach mitgetheilt:

„Die Zimmerer vom Baugeschäft des Maurermeisters Herrn A. Grabkowsky hatten eine Platzsperre zu bestehen. Die Sperre wurde, da dieselbe zwecklos war, und die gesammten Zimmerer Potsdams und der Umgegend ausgesperrt wurden, in einer Versammlung am 1. November d. J. von den Zimmerern aufgehoben. In der Verhandlung am 2. November mit der Kommission des Arbeitgeber-Verbandes verlangte A. Grabkowsky, daß 5 Gesellen von denen, welche bei ihm die Arbeit niedergelegt haben, wieder bei ihm in Arbeit treten sollen. Es erklärten sich hierzu nun 5 Gesellen bereit und diese gingen am Sonnabend, den 3. November d. J. nach dem Bau des Augustastifts, am Fuße des Pfingstberges gelegen. Der Bau wird unter der Aufsicht des Freiherrn v. Mirbach vollzogen, welcher dicht daneben seine Wohnung hat.

Im Laufe des Sonnabends vormittags erschien der Freiherr v. Mirbach, um den Bau zu besichtigen, oder vielmehr den wieder eingestellten Zimmerern eine Predigt zu halten. Das geschah nun in folgender Weise: Die Zimmerer wurden zusammengerufen und der Freiherr fing an: „Die Verbandsmitglieder treten mal nach dieser Seite.“ Nachdem dies geschehen war, sprach Mirbach weiter:

„Leute, es freut mich, daß die Sache mit Eurer Sperre in Ordnung ist. Ich weiß auch, daß Ihr verführt seid von ganz gewissenlosen Hetzern, die Euch und Eure Familie ins Unglück stürzen wollen und von Euren Groschen leben, die Ihr ihnen opfert. Es haben sich die Streiklüfte aus Berlin hier eingeschlichen in unser friedliches Potsdam. Geht heraus aus Eurem Verband, welcher ja doch kein gewerkschaftlicher Verband ist, sondern nur ein sozialdemokratischer, und gerade die Socialdemokraten, diese Rhinozerosse, haben Euch verführt. Leute, ich sage Euch nochmals, geht heraus aus Eurem Verein, denn wohin soll das führen, das bauende Publikum ist nicht auf Eurer Seite, ja die Bürger stoßen sich daran, und es wird niemand mehr bauen, wenn er lange Zeit seinen Bau liegen muß infolge Eurer Streikerei, und Ihr werdet es noch so weit bringen, daß kein Mensch mehr wird bauen und Ihr werdet dann keine Arbeit mehr haben und dann werden Euch die Augen aufgehen. Und von Euch freut es mich (nach der Seite der Arbeitswilligen), daß Ihr stand gehalten habt gegenüber diesen da, und ich verspreche Euch, daß, solange die Kaiserin baut, werden stets die Unorganisirten beschäftigt werden; so, nun geht und arbeitet in Ruhe und Frieden miteinander usw.“

Der Freiherr v. Mirbach, der einst bei Sozialdemokraten um Kirchengelder hausiren ging, hat durch diese Rede, die aus dem Gedächtniß aufgezeichnet ist, seine hervorragende Befähigung erwiesen, das schwierige Werk zu leiten, die Arbeitswilligen zu organisiren; er eignet sich vor allem dadurch für dieses Amt, weil er ganz auf der geistigen Höhe dieser seiner Schutzbefohlenen steht, so daß es ihm nicht schwer fallen kann, den Weg zum Herzen der Streikbrecher zu gewinnen. In Potsdamer Arbeiterkreisen hat nach dem „Vorw.“ diese prachtvolle Rede des Freiherrn das lebhafteste Vergnügen hervorgerufen und man behauptet, er wolle jetzt mit dem seelen- intelligenzverwandten Dreschgrafen gemeinsam zum Volke herabsteigen und mit der Schärfe seiner Zunge das sozialdemokratische Rhinozeros zerschmettern.

Eine Deputation des Bundesraths, bestehend aus dem Reichskanzler Grafen Bülow, dem Grafen Posadowsky, dem bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, dem hessischen Gesandten v. Neidhardt und dem Gesandten der freien Hansestädte, Klügmann, erschien Freitag beim Fürsten Hohenlohe, um demselben im Auftrage des

Bundesraths eine Adresse zu überreichen. Reichskanzler Graf Bülow übergab dem Fürsten die Adresse mit einer längeren Ansprache, auf welche dieser „mit bewegten Worten" dankte. Die Adresse hat folgenden Wortlaut?

„Durchlauchtigster Fürst!

Gestatten Eure Durchlaucht dem Bundesrath, der Sie sechs Jahre hindurch als seinen Vorsitzenden verehren durfte, hochdemselben bei dem Ausscheiden aus dieser Stellung einen ehrerbietigen Abschiedsgruß darzubringen. Nach einer dem Dienste des Vaterlandes gewidmeten, an Ehren und Erfolgen reichen Laufbahn haben Eure Durchlaucht in einem Lebensalter, in dem die Meisten sich von dem Bedürfniß nach Ruhe leiten lassen, nicht gezaudert, als der Ruf Sr. Majestät des Kaisers an den vielerprobten Staatsmann erging, auch noch die Bürde des höchsten und verantwortlichsten Amtes im Reiche auf sich zu nehmen. In dem seitdem verflossenen Zeitabschnitt haben Eure Durchlaucht die Geschäfte des Reichs und des Bundesraths mit weisem Sinn und milder Hand geleitet, haben mit der Treue gegen den Bundesstaat, den Sie als erster Bevollmächtigter vertraten, die gerechte und verständnißvolle Würdigung der Interessen aller anderen Bundesglieder zu vereinen gewußt, und sind dem vertrauensvollen Einvernehmen, dessen unser Zusammenwirken zum Wohle der Allgemeinheit nicht entrathen kann, eine feste Stücke gewesen. Genehmigen Eure Durchlaucht den Ausdruck unseres tiefgefühlten Dankes für Ihr segensvolles Wirken und des warmen Wunsches, daß sich an Ihrem Lebensabend die schöne Verheißung bewahrheiten möchte: „Um den Abend wird es licht sein".

Nun, um so dunkler wird es um den Morgen der neuen Kanzlerschaft sein.

Die kommissarischen Berathungen über die erweiterte Kanalvorlage, an denen Kommissare des Finanzministers, des Ministers der öffentlichen Arbeiten, des Handels und der Landwirthschaft theilgenommen haben, sind, nach dem „Hann. Cour.", seit einigen Tagen abgeschlossen und haben eine völlige Uebereinstimmung herbeigeführt. Nachdem die vorläufige Drucklegung des vereinbarten Gesetzentwurfs erfolgt ist, wird die Vorlage das Staatsministerium beschäftigen und werden damit die Vorarbeiten ihren Abschluß finden, so daß dem im Januar zusammentretenden Landtag die Vorlage alsbald unterbreitet werden kann. — Ob es so schnell geht, wie der „H. C." meint, möchten wir bezweifeln. Die Agrarier werden schon alle Minen springen lassen, zumal sie mächtige Freunde im Ministerium zu sitzen haben.

Ministerwechsel in Württemberg. Der württembergische „Staats-Anzeiger" giebt bekannt: Der König enthob den Ministerpräsidenten Frhrn. v. Mittnacht auf sein Ansuchen wegen des leidenden Zustandes seiner Augen seines Amtes gnädigst unter Anerkennung der langjährigen treuen und ausgezeichneten Dienste. Kriegsminister Frhr. Schott v. Schottenstein wurde mit dem Vorsitze des Staatsministeriums betraut. Der Kabinetschef v. Soden (früher Gouverneur in Kamerun. Red. d. „L. V.") wurde zum Minister des Aeußern ernannt. Es verlautet, an Stelle des Ministers v. Soden sei der bisherige Legationsrath v. Gemmingen zum Kabinetschef bestimmt. — Der Rücktritt Mittnachts kommt, nach der „Frkf. Ztg.", insofern überraschend, als er für den gegenwärtigen Moment nicht vermuthet wurde, während man allerdings mit dem Gedanken, daß der hochbejahrte Staatsmann in nicht ferner Zeit aus dem Amte scheiden werde, sich schon früher vertraut gemacht hatte. Daß Frhr. v. Mittnacht thatsächlich seines Alters wegen und infolge eines in letzter Zeit sich steigernden Augenleidens seinen Abschied nachgesucht hat, unterliegt keinem Zweifel. Es wird versichert, daß politische Gründe nicht vorliegen und es erscheint das auch völlig glaubhaft. Des Vertrauens der Krone erfreute sich der Minister in hohem Maße. Das schmeichelhafte Schreiben, in dem der König seinem Gesuche willfahrt, ist keine leere Förmlichkeit. Es ist bekannt, daß der König dem Rathe Mittnachts durchaus vertraute. Ebenso wenig wie eine Differenz mit der Krone, lag ein Konflikt mit der Volksvertretung vor. Seit 1895, also seitdem ein Landtag da war, der einen politischen Willen zeigte, hat der Ministerpräsident sich bemüht, den konstitutionellen Forderungen gerecht zu werden. Allerdings ist es nicht undenkbar, daß die Erfahrungen der letzten Jahre und die Aussicht auf politische Kämpfe im Landtage Freiherrn v. Mittnacht veranlaßt haben, gerade jetzt nach Schluß des Landtags seinen Rücktritt zu nehmen.

Hunnische Kriegführung. Wieder liegen verschiedene Briefe deutscher Soldaten vor, die ein schauderhaftes Bild der Kriegführung in China zeichnen. Den Briefen eines Soldaten des 2. See-Bataillons, die dieser an seine Eltern in Waldershof gerichtet hat und die im „Fränk. Kur." abgedruckt werden, ist folgende Schilderung der Behandlung, welche den in Peking zurückgebliebenen und den im Gefecht gefangen genommenen Chinesen durch die fremden Truppen zu Theil wird, entnommen:

„Mit den Chinesen, welche uns nicht mit der Waffe begegnen, wird nicht viel Federlesens gemacht. Dieselben müssen schwer arbeiten, wenn Einer nicht anpacken will, wird er sofort niedergeknallt; von uns weniger, aber die Russen und Japaner treiben Dieß en gros. Gefangene werden nicht gemacht, d. h. wenn solche gemacht werden, so werden diese nach dem Gefecht sofort erschossen."

Ueber den Straßenkampf, der am 11. September in der Ortschaft Liang-Sian stattfand, und an dem nur Deutsche betheiligt waren, berichtet der Seesoldat: „Die Chinesen verloren 400 Mann und beim Straßenkampf etwa 500 Mann. Frauen und Kinder wurden geschont, aber alles Uebrige vernichtet. Anfangs thaten unsere Gewehrkolben ordentlich mit, aber dieselben springen beim 98er Gewehr leicht ab, weshalb an ihre Stelle das Bajonett kam. Es war furchtbar anzusehen, und fast mochte man Mitleid haben, aber wenn man bedachte, was diese Kerls mit uns machten, wenn sie die Oberhand bekommen hätten, so ließ dieser Gedanke ein solches Empfinden nicht aufkommen."

Der Kolonialrath wurde am Donnerstag mit einer Ansprache des neuen Kolonialdirektors Stübel eröffnet. Nach Berathung des Etats für die deutschen Kolonien in der Südsee wurde für Samoa der Antrag angenommen, in den Etat die Kosten für Anschaffung und Betrieb eines kleinen Gouvernementsmotorbootes einzustellen. Bei der Besprechung der geplanten Neuordnung des Zoll- und Steuerwesens in Neu-Guinea erklärte sich der Kolonialrath gegen die Einführung oder Erhöhung der Zölle und sprach sich ferner dafür aus, daß der Verkauf von Opium an die Eingeborenen des Schutzgebietes thunlichst verhindert werden möge. Am Freitag kam bei der Berathung der Etats von Kamerun und Togo die Unsitte des Mädchenhandels und der Weiberverpfändung in Kamerun zur Sprache, die, wie sich aus den Darlegungen der Regierungsvertreter ergab, vom Gouvernement nach Maßgabe der vorhandenen Mittel mit dem Erfolge bekämpft worden ist. Es wurde beschlossen, in einen Nachtrags- oder in den nächstjährigen Etat einen Betrag für eine telegraphische Verbindung von Kamerun nach Viktoria sowie von 200 000 Mark zu verschiedenen Wegebauten in Kamerun einzustellen. Ob die Kamerun-Expedition nach Garua, wo eine Station gegründet werden soll, zur Ausführung kommt, wird angesichts der Mannschaftsanwerbung von dem Bericht des Gouverneurs abhängen. Für Neuguinea wird die Beschaffung eines mäßig großen Dampfers geplant. Nach der „Nordd. Allg. Ztg." wurde bei der Berathung des Samoaetats die Mittheilung gemacht, daß die amerikanischen Dampfer auch in Zukunft Apia anlaufen werden, aber gleichwohl die Frage einer deutschen Dampferverbindung den Gegenstand von Erwägungen bilde. Der Kolonialrath nahm hierzu noch den Antrag an, daß für das Gouvernement von Samoa ein Motorboot mit 40 000 Mark Anschaffungs- und 20 000 Mark jährlichen Betriebskosten beschafft und diese Kosten in den Etat eingestellt werden sollten.

Am Freitag gaben Dr. Scharlach und Woermann als Mitglieder des Direktoriums der „South West Africa Company" die Erklärung ab, daß die sieben deutschen Mitglieder des Direktoriums niemals auf Versuche ihrer drei englischen Kollegen gestoßen sind, einen englischen Einfluß, sei es in politischer Hinsicht, sei es in wirthschaftlicher Art, in der Gesellschaft geltend zu machen. Wenn Cecil Rhodes wirklich geäußert habe, daß er eine Ansiedelung von Buren im Gebiete der Gesellschaft verhindern wolle, so sei dieser Aeußerung absolut kein Werth beizumessen. Innerhalb des Direktoriums der „South West Africa Company" werde zweifellos niemals auch nur der Versuch gemacht werden, sich einer Bureneinwanderung zu widersetzen. Zur Frage der Gewährung staatlicher Ansiedelungsbeihilfen im südwestafrikanischen Schutzgebiete nahm der Kolonialrath den Antrag an, die Abfassung der Vorschriften wegen Verwendung der im Etat bewilligten Mittel der Kolonialabtheilung bezw. dem Gouverneur des Schutzgebietes zu überlassen. Am Sonnabend nahm der Kolonialrath einen Antrag an, welcher die Regierung ermächtigt, auf den Karolinen, Marianen und Palau-Inseln Konzessionen unter gewissen Voraussetzungen an eine beschränkte Anzahl von kapitalsicheren Unternehmern zu gewähren. In der Frage, ob Zollerleichterungen für Produkte aus den Kolonien oder für bestimmte Einfuhrartikel einzuführen seien, ergaben sich außerhalb des Kolonialrathes mancherlei Meinungsverschiedenheiten.

Kleine politische Nachrichten. Eine längere Besprechung hat, wie der „Börs.-Cour." erfährt, Freitag Vormittag zwischen dem Reichskanzler Grafen Bülow und dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern Grafen Posadowsky stattgefunden. Vermuthlich ist die „Erklärung" festgestellt worden, die Graf Posadowsky über die 12000 Mark-Affäre dem Reichstage schuldig ist. — Ende November tritt voraussichtlich die Kommission für Arbeiterstatistik zusammen, um zunächst über die Sonntagsruhe der Binnenschiffahrtsgewerbe zu berathen. — Die feierliche, offizielle Eröffnung des Reichstages am 14. November im Rittersaale des königlichen Schlosses wird, wie die „Nat.-Ztg." hört, unter vollkommenem Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Auch Vertreter der Presse werden nicht zugelassen werden, da angeblich die Räumlichkeiten zu beschränkt sind. — Der Reichshaushaltetat soll, wie die offiziösen „Berl. Pol. Nachr." melden, dem Reichstag unmittelbar nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden. In Betreff der zu erwartenden Anleihen wird bemerkt, es würden sich die jetzt zu erhebenden Ansprüche an den Geldmarkt für Reichszwecke in durchaus maßvollen Grenzen halten. Maßvoll ist ein sehr unbestimmter Ausdruck. Der „Kreuzztg." zufolge steht fest, daß der Etat dem Reichstag erst einige Tage nach der Eröffnung und nur die Kostenrechnung für China gleich bei der Eröffnung vorgelegt werden soll. — Nach einer Pariser Meldung der „Köln. Ztg." wird darauf hingewirkt, daß die von den Vertretern Deutschlands, Oesterreichs und Frankreichs jüngst berathene Wiederaufnahme der Zuckerkonferenz im Dezember in Brüssel stattfinde. — Der Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienstangestellter hat beschlossen, durch eine Deputation beim Minister des Innern um Aufhebung der preußischen hundertjährigen Gesindeordnung vorstellig zu werden. — Der Tapetenring hat beschlossen, auch im kommenden Jahre 100 Prozent Aufschlag auf die Fabrikpreise in den Ladengeschäften zu nehmen und 125 Prozent Aufschlag bei den Agentenkarten. — Bei der letzten Kontrolversammlung in Stuttgart hat von 400 Mann auf die Frage, ob sie bereit wären, eventuell nach China zu gehen, nicht Einer sich gemeldet. — Der Gerichtsassessor Wehlau, der seiner Zeit durch seine Weiberprügelei in Kamerun unliebsames Aufsehen erregt hat, ist, wie die neueste Nummer des Justizministeriumsblattes mittheilt, jetzt als Rechtsanwalt beim Kammergericht zugelassen worden. — Im Meineidsprozeß Masloff und Genossen in Konitz haben am Sonnabend nun endlich die Geschworenen ihr Votum abgegeben, indem sie den Masloff in einem, Frau Roß in beiden Fällen als schuldig erklärten, jedoch unter Zubilligung mildernder Umstände bei beiden Angeklagten. Frau Masloff und Frau Berg wurden für nichtschuldig erklärt. Der Gerichtshof verurtheilte darauf Masloff zu einem Jahr, Frau Roß zu 2½ Jahren Zuchthaus, die Letztere außerdem zu 3 Jahren Ehrverlust und dauernder Eidesunfähigkeit. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen. — Gegen 50 Hörer des Polytechnikums in Warschau wurden „wegen politischer Umtriebe" verhaftet. Der Rektor nahm seine Entlassung. — Die italienische Deputirtenkammer ist zum 22. November einberufen worden. — Zur Karlistenbewegung in Spanien meldet „Wolff Büreau" vom Sonnabend aus Barcelona, die Polizei nahm im Palais des Herzogs von Solferino, des Vertreters von Don Carlos eine Haussuchung vor; es wurde jedoch nichts gefunden, was auf die karlistische Erhebung Bezug hat. — Den Filippinos soll es, nachdem Mac Kinley wiedergewählt ist, gehörig an den Kragen gehen. Der Sekretär des Kriegsamts Root telegraphirte dem General McArthur, dieser solle einen erbarmungslosen Feldzug beginnen, um den Aufstand auf Luzon mit äußerster Strenge zu unterdrücken. Das ist viel leichter telegraphirt als praktisch auszuführen.

Frankreich.

Zur Jahrhundertwende, die man in Frankreich zu treffender Weise erst bei dem bevorstehenden Jahreswechsel begeht, hat im Pariser Gemeinderath die sozialistische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Das zu Ende gehende Jahrhundert läßt uns als Erbschaft die glänzende Kundgebung des Fortschritts, der Wissenschaft, der menschlichen Thätigkeit, welche bis an ihre äußersten Grenzen getrieben wurde. Es hinterläßt uns aber auch die ganze Reihe seines Elends, seine sozialen Ungerechtigkeiten, seiner schlechten Moral, seine falschen Philosophie, des furchtbaren Schauspiels kriegerischer Hekatomben. Werden wir bei Anbruch des neuen Jahrhunderts mehr Wohlstand bei den Bienen des großen menschlichen Bienenstocks, mehr Gerechtigkeit bei den Menschen, mehr Hellblick in den Geistern und mehr Brüderlichkeit unter den Völkern sehen? Das ist unser glühendster Wunsch, und um mit einem Datum die zu Ende gehende Aera und die neue Morgenröthe zu bezeichnen, bringen wir nachstehenden Antrag ein:

„Der Gemeinderath, in Erwägung, daß die Welt der Arbeit das Recht hat, das Jahrhundert mit einem Ruhe- und Festtage zu beschließen, genehmigt: 1. am 31. Dezember 1900, dem letzten Tage des Jahrhunderts, haben die Arbeiter und Angestellten der Stadt Urlaub; 2. an dem Tage wird ein Volksfest veranstaltet; 3. eine außergewöhnliche Unterstützung wird allen Unbemittelten der Armenpflege gewährt.

In Erwägung überdies, daß der Beginn einer neuen Aera auch durch Maßregeln der Milde und Hoffnung bezeichnet werden muß, spricht der Gemeinderath den Wunsch aus, daß die Regierung den 31. Dezember als Ruhetag dekretire und den Kammern ein Amnestiegesetz in dem weitest möglichen Maße vorschlage."

Das Attentat auf den Schah wurde Sonnabend vor den Pariser Geschworenen verhandelt. Salson, der Attentäter, erklärte, wie Wolff drahtet, er sei „Anarchist und ein Feind der Volksunterdrücker." Er hätte den Plan gehabt, den Schah und Casimir Perier, die Gesetze gegen die Anarchisten veranlaßt hätten, zu tödten. Als erster Zeuge wurde General Parent vernommen, der bei dem Schah attachirt war und den Arm Salson's festgehalten hatte, sowie denselben festnehmen ließ. Darauf wurde ein Sachverständiger für Schußwaffen vernommen, der sagte, der Revolver, mit dem Salson geschossen, habe normal funktionirt, nur dem Umstande, daß der Hahn beschädigt war, sei es zuzuschreiben, daß der Schuß fehlging. Die Kugel wäre im Stande gewesen, den Tod herbeizuführen. Die aufgerufenen Aerzte kamen zu dem Schluß, daß Salson vollkommen zurechnungsfähig sei. Das Schwurgericht verurtheilte Salson zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze wird gemeldet, daß die Buren erklärten, sie wollen sich nicht ergeben, selbst wenn Steijn und Dewet gefangen würden. Munition und Lebensmittel seien zur Genüge vorhanden. Lord Roberts meldet aus Johannesburg vom 8. November: Smith Dorrien berichtet über ein heftiges Gefecht am 6. und 7. November. Seine aus 250 Berittenen, 6 Geschützen und 900 Mann Infanterie bestehende Abtheilung traf bald nach ihrem Abmarsch aus Belfast auf eine Abtheilung Buren, die sich an die Flanke der Engländer heftete, bis Komatiriver erreicht war. Dort nahmen die Buren eine feste Stellung ein, von der sie erst durch eine weite Umgehungsbewegung vertrieben wurden. Am folgenden Tage versuchten die Buren, die bedeutende Verstärkungen herangezogen hatten, umsonst, die Stellung wiederzunehmen. Nachmittags ereignete sich der Fall, der, wie Roberts glaubt, in diesem Kriege noch nicht vorgekommen ist. 200 berittene Buren machten plötzlich einen Angriff auf die englische Nachhut. In einer Entfernung von 70 Yards wurde der Angriff durch die kanadischen Dragoner abgewiesen. Die englischen Verluste an beiden Tage waren 8 Todte und 32 Verwundete. — Die Fassung der Roberts'schen Meldung läßt vermuthen, daß die Engländer nicht so gut abgeschnitten haben, wie angegeben ist.

Ficksburg und Umgegend halten die Buren noch immer besetzt; auch im Westen von Blumfontein befinden sich noch immer starke Burenabtheilungen.

Aus Pietermaritzburg wird gemeldet: Ein mit Burenfrauen und Kindern gefüllter Zug ist von Standerton hier eingetroffen. Alle diese Personen wurden unter der Beschuldigung des Verrathes aus ihren Wohnungen vertrieben und ihre Wohnungen zerstört. Sie sind in einem großen Lager untergebracht worden. Der Spezial-Gerichtshof, welcher über die Rechtsprechung der betreffenden Fälle zu entscheiden hat, hat bereits mehrere schwere Verurtheilungen ausgesprochen. — Daß die Engländer schon Frauen und Kinder als „Verräther" zur Rechenschaft ziehen, beweist am besten, wie schwach sie sich fühlen. Wie würden sie sonst zu so verzweifelten Mitteln greifen?

Das Reuter'sche Bureau meldet aus Lourenzo Marques vom 9. November: Der Gouverneur bestreitet, daß Buren von dort abgegangen sind, um zu ihren Kommandos zu stoßen. Alle Buren seien in den Kasernen untergebracht und ständen dort unter militärischer Aufsicht.

Der „Gelderland" mit Krüger an Bord ist Freitag Abend von Dschibuti nach Port Said abgegangen: Krüger wird in Marseille, wahrscheinlich nächsten Sonnabend, landen. An dem feierlichen Empfange Krüger's in Marseille betheiligen sich auch die Vertretungen vieler südfranzösischer Städte, darunter Toulon und Montpellier. Der Bürgermeister von Nizza hatte seine Betheiligung mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den dortigen Winteraufenthalt der Königin Victoria und vieler sonstigen Engländer abgelehnt.

China.

Vom Chinawirrwarr. Die Diplomaten in Peking sind noch immer an der Arbeit, die Friedenspräliminarien festzustellen.

ohne daß sie sich jedoch darüber einigen können. Ein neuer Antrag Englands, in den Vorvertrag eine Bestimmung über die Revision der Handelsverträge aufzunehmen, wurde von sieben Mächten unterstützt, von Frankreich und Rußland jedoch bekämpft. Die Gesandten dieser beiden Staaten widersetzten sich auch dem Antrage der Vereinigten Staaten, wonach im Vorvertrag festgestellt werden solle, daß China sich zur Amtsenthebung aller Beamten verpflichte, in deren Bezirken Fremde beunruhigt wurden. Es wird also wohl noch eine recht geraume Zeit verstreichen, bis die Diplomaten einigermaßen handelseins geworden sind. Im Verfolg seines Beschlusses, die bisher in der chinesischen Frage befolgte Politik unverändert fortzuführen, beschloß das amerikanische Kabinet, die Gesandtschaftswache in Peking beizubehalten und die jetzt noch in China verbliebenen übrigen Truppen zurückzuziehen und wieder nach Manila zu schaffen. Man erwartet, daß General Mc Arthur mit Hülfe dieser Verstärkung den Kampf auf den Philippinen mit der größten Energie wieder aufnehmen wird.

Der russischen Beschlagnahme des Geländes auf dem linken Peiho-Ufer bei Tientsin wird, nach einer Meldung aus Peking, lediglich eine vorübergehende militärische Bedeutung beigemessen, deshalb verzichtete der englische Gesandte auf eine Verwahrung. — Damit fällt die ganze von der englischen Presse so ungebührlich aufgebauschte Nachricht von der „Annexion Rußlands" in sich zusammen.

In Washingtoner Regierungskreisen wird der Zeitungsnachricht, der chinesische Gesandte bei der amerikanischen Regierung habe gegen das Vorgehen der Deutschen in Paotingfu protestirt mit Entschiedenheit widersprochen.

Nach einem Telegramm der „Nowoje Wremja" aus Wladiwostock vom 3. November ist dort die Nachricht vom Tode der Kaiserin-Wittwe von China eingetroffen. — Auch hier dürfte es sich lediglich um die Wiedergabe eines Gerüchts handeln, das, solange keine anderweitige Bestätigung vorliegt, als unglaubwürdig bezeichnet werden muß. Anderen Nachrichten aus amtlicher chinesischer Quelle zufolge hat der chinesische kaiserliche Hof Befehl gegeben, den Palast in Tschengfu, Provinz Szetschwan, für den Einzug des Hofes in Stand zu setzen. Demnach scheint sich der Hof in Singanfu nicht mehr sicher zu fühlen.

Das Oberkommando meldet vom 7. d. M. aus Peking: Die Ruhr nimmt allgemein ab; in Peking und Tientsin ist noch Typhus vorhanden. Zwei japanische Kompagnien sind von Peking und Tungtschau gegen Boxeransammlungen bei Shunishien entsandt. Eine russische Kolonne hatte am 31. Oktober ein glückliches Gefecht nördlich von Tsunhwafu, wobei 2 Mann getödtet und 4 Offiziere und 12 Mann verwundet wurden. Eine gemischte Kolonne, bestehend aus Russen, Franzosen und Engländern, geht von Tangschau über Föngjunhsion nach Norden vor. — Das letzte deutsche Truppentransportschiff traf am 30. Oktober vor Taku ein. Damit ist der größte Theil des Truppentransportnachschubes bereits kriegsbereit am Lande. Infolge des niedrigen Wasserstandes auf der Barre von Taku wird nach Mitte November die Verbindung mit dem Lande voraussichtlich über Tsingwantau, südwestlich von Schaughaikwan erfolgen. Die in Amerika und Australien angekauften Pferde erweisen sich als brauchbar. Der Bedarf an Reit- und Zugthieren ist gedeckt. Die Verpflegung ist angeblich gut und ausreichend. (Dem widersprechen bekanntlich die Soldatenbriefe. Red.) Lazarethe sind in Tongku, Tientsin, Yangtsun, Peking und Paontingfu errichtet. Unter den Truppen sind Ruhrfälle vorgekommen; nach den letzten Berichten ist die Seuche jedoch erheblich im Abnehmen begriffen.

„Daily News" melden aus Niutschwang vom 5. ds. Mts., daß das dortige Gebiet von Räubern beunruhigt werde, die thatsächlich in keiner Weise gestört würden. Die Chinesen seien von den Russen entwaffnet worden und daher nicht in der Lage, sich zu schützen.

Der „Nowoje Wremja" wird aus Wladiwostok vom 8. d. M. gemeldet: Im Gebiete von Mukden, das von den chinesischen Truppen gesäubert ist, kehren die Bewohner in ihre verlassenen Dörfer zurück und stellen sich unter den Schutz der russischen Truppen. In der Südmandschurei zerstörten chinesische Soldaten und Boxer viele Dörfer an der Eisenbahn, nachdem sie dieselben ausgeraubt und geplündert hatten.

Laut Meldung des Majors v. Madai aus Taku verstarb der Hoboist Unteroffizier Ritter vom Pionierdetachement am Unterleibstyphus, Seesoldat Hinrichsen vom 1. Seebataillon am Darmtyphus.

Von den vandalischen Plünderungen in Peking entwirft der Missionar Arthur H. Smith in der letzten Nummer des New-Yorker „Outlook" ein wenig erfreuliches Bild: Herr Smith hat die Belagerung mit durchgemacht und sagt, der Versuch, die „Ozeanmänner" aus dem Lande zu treiben, habe für die Chinesen Folgen gehabt, die in der Geschichte der modernen Civilisation einzig dastehen und ihrer nicht würdig sind. Leichen von Bürgern und Soldaten lagen überall, einzeln und in Haufen, und selten nur mit Stroh oder Matten bedeckt in den Straßen herum und wurden von den nach Tausenden zählenden Pariahunden der Stadt als willkommene Beute betrachtet. Alle Pfützen, Teiche und Brunnen waren mit Leichen vollgepfropft, besonders solcher von Frauen, die sich aus Furcht vor Vergewaltigungen durch die Soldaten das Leben genommen hatten. Die berühmte Universität Han Lin ist ein rauchender Trümmerhaufen, — und nur 2 von 25 großen Bibliotheksälen wurden vor völliger Vernichtung gerettet. Chinesische Werke von unschätzbarem Werthe wurden zum Zustopfen von Löchern beim Bau der Barrikaden verwendet, das Papier von Büchern, die viele Jahrtausende alt sind, wurde als Packpapier, zum Feueranzünden und sonstigen häuslichen Verrichtungen verwendet. Die einzig dastehende „Encyklopädie" des Yung-Le, ein lexikographisches Werk von mehreren tausend Bänden, ist mit sammt den Kästen aus Kampferholz, in denen die Bücher aufbewahrt wurden, verschwunden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 12. November.

„Lübecker Landbote" betitelt sich der Volkskalender für das Jahr 1901, welcher am gestrigen Sonntage von unseren Parteigenossen auf dem lübschen Landgebiete unentgeltlich verabfolgt wurde. Es ist das erste Mal, daß wir, dem Beispiele der Genossen anderer Bezirke folgend, dieses Agitationsmittel benutzen. Die Aufnahme, welche die Vertheiler fanden, war, wie immer, eine überaus freundliche.

Der „General-Anzeiger" führt lebhaft Klage darüber, daß zu der heutigen Bürgerschaftssitzung den Volksvertretern fünf Gesetzentwürfe vorgelegt wurden, über die sie sich innerhalb drei Tagen ein Urtheil bilden mußten. Das Blatt des Bürgerschaftsmitgliedes Coleman meint, es sei vielleicht angebracht, wenn die Bürgerschaft sich einmal außer Stande erklärte, ihr Votum abzugeben, weil ihr nicht die Vorlagen rechtzeitig genug zugegangen sind; vielleicht würde das helfen! Nun, möge doch der Herr Coleman den Anfang machen — „Coleman, geh' Du voran!" Meint er etwa, die Handwerksmeister in der Bürgerschaft würden das non possumus wagen? — Wir sind, bei voller Anerkennung der Berechtigung der Beschwerde, der Meinung, daß die Bürgerschaft nur so behandelt wird, wie sie es verdient. Sie hat schon so oft über hochwichtige Sachen — siehe Streikpostenverordnung — sich in wenigen Minuten schlüssig gemacht; ist es da ein Wunder, wenn ihrem „klaren Blicke", um mit Senator Dr. Fehling zu reden, zugemuthet wird, sich innerhalb dreimal vierundzwanzig Stunden zu einem Ja zu entscheiden?

Von der Typhusepidemie. Mecklenburgischen Blättern wird aus Schönberg berichtet: Infolge einiger Typhuserkrankungen auf dem Domhof sind Wasserproben von zwei Pumpen zur Untersuchung an die landwirthschaftliche Versuchsstation in Rostock geschickt worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Wasser in sanitärer Beziehung den Anforderungen nicht entspricht, die man an gutes Trinkwasser stellen muß, da es organische Stoffe, sowie eine Menge Pilzkeime zeigte. Daraufhin sind beide Brunnen polizeilich geschlossen und mit Schildern versehen, die die Benutzung des Wassers als Trinkwasser verbieten. Das Wasser einer dritten Pumpe ist ebenfalls zur Untersuchung eingeschickt worden.

= **Aus der Waisenhofstraße.** Der von uns bereits vor einiger Zeit geschilderte bissige Köter treibt sein Unwesen unbehelligt weiter. Am Freitag Morgen hat er eine vom Abort kommende Arbeiterin, welche ihn — unabsichtlich natürlich — im Dunkeln berührte, drei Mal gebissen und derartig verletzt, daß die Bedauernswerthe in einer Droschke fortgefahren werden mußte. Wir empfehlen das gemeingefährliche Vieh der besonderen Beachtung der Polizeiorgane. Wenn ein Streikender einen Arbeitswilligen derartig behandeln würde, dann wäre ihm ein Jahr sicher. Haben denn Hunde absolute Beißfreiheit? — Am Sonnabend vor 8 Tagen verletzte sich eine Frau an der Maschine die Finger. — Donnerstag Vormittag gegen 11 Uhr erlitt der Heizer T. eine Beinverletzung; auch er wurde in einer Droschke weggefahren.

Die öffentliche Bücher- und Lesehalle in der Mengstraße 10 ist zum unentgeltlichen Besuch geöffnet von 5 bis 9 Uhr abends an den Wochentagen. Die Bücherausgabe erfolgt an den Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags ist die Lesehalle von 12—1 Uhr mittags und von 4 bis 9 Uhr abends geöffnet.

Wegen unlauteren Wettbewerbs wurde der Inhaber eines hiesigen großen Verkaufshauses auf Antrag des Detaillistenvereins vom Schöffengerichte zu 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Er soll Halbleinen als „Lakenleinen" verkauft haben. Seinem Einwande, daß unter Lakenleinen das Publikum durchweg Halbleinen verstehe, wurde, sobwohl die Sachverständigen demselben nicht strikte widersprechen konnten, nicht stattgegeben. Jedenfalls wird in der Sache höchstinstanzliche Entscheidung provozirt werden. U. E. ist in diesem Falle ein wirklich unlauterer Wettbewerb wohl kaum zu konstruiren.

= **Arbeiterrisiko.** Auf der Koch'schen Werft verletzte sich am Sonnabend Morgen der Schlosser Rüdiger beim Richten von Winkeln am Dampfpuffer einen kleinen Finger, sodaß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

— **Eine öffentliche Versammlung** aller im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen, welche sehr gut besucht war, tagte am Freitag Nachmittag im Vereinshause. Der Referent Zillmann-Hamburg sprach über die Mißstände im Kellnerberufe, über das Stellenvermittlungsunwesen und über die Thätigkeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik sowie über die Nothwendigkeit und den Nutzen der Organisirung der Gastwirthsgehülfen. An den lehrreichen, beifällig aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine ausgedehnte Diskussion. Die Zukunft wird zeigen müssen, ob der Weckruf gefruchtet und die Gastwirthsgehülfen der Organisation zugeführt hat; jedenfalls ist der Grund zu einer solchen gelegt worden.

= **Gerüsteinsturz.** Am Sonnabend Abend gegen 9 Uhr brach am Durchbau der „Löwen-Apotheke" in der Johannisstraße ein Gerüst ein. Der Schaden wurde sofort ausgebessert.

Wegen Sittenvergehens, verübt an Kindern, wurde der Hausdiener Frahm aus Trems zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Genossen im Fürstenthum Lübeck! Rüstet Euch zu den Gemeinderathswahlen!

Eutin. Zur Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs wissen die „Nachrichten für Stadt und Land" nun aus angeblicher sicherer Quelle zu berichten, daß das Fideikommißvermögen der großherzoglichen Familie keine 50 Mill. Mark betrage, sondern nur 15 Mill. Mark. Dasselbe, selbstverständlich lauter Grundbesitz, werfe etwa 300 000 Mk., als 2 pCt. ab. Wenn das nun auch so ist, so ist dennoch die Frage berechtigt: warum werfen diese Güter nicht mehr ab als 2 pCt.? Denn darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen, daß die Güter Kulturboden erster Bonität besitzen. Das Blatt weist nun nach, wie die geplante Ausgabe in einem so kleinen Lande wie Oldenburg die Steuerzahler belasten würde, besonders die Steuerzahler der Fürstenthümer. Nach dem in der vorigen Session beschlossenen Gesetz über das Beitragsverhältniß der drei Landestheile zu den Gesammtausgaben des Großherzogthums, ist dasselbe für die Jahre 1900 bis 1905 wie folgt festgelegt: Herzogthum Oldenburg (295 000 Einwohner) 79½ Proz., **Fürstenthum Lübeck** (35 501 Einwohner) **13½** Proz. und Fürstenthum Birkenfeld (42 249 Einwohner) 7 Proz. Nach diesem Verhältniß vertheilt, würde das Herzogthum Oldenburg aufzubringen haben 159 000 Mk., das **Fürstenthum Lübeck 27000 Mk.** und das Fürstenthum Birkenfeld 14 000 Mk. Wie schwer die Fürstenthümer davon belastet werden, geht aus einem Vergleich mit dem Einkommensteuerertrag hervor. Im Fürstenthum Lübeck werden im laufenden Steuerjahr etwa 120000 Mk. Einkommensteuer erhoben, **es würde also der von Lübeck aufzubringende Antheil beinahe 25 Prozent der Einkommensteuer betragen.** Der Finanzausschuß des Landtages hat in der vorigen Session sich alle erdenkliche Mühe gegeben, den geforderten 25 proz. Zuschlag zur Einkommensteuer zu beseitigen und durch Abstriche in den Ausgabe-Positionen das Gleichgewicht in dem dreijährigen Etat herzustellen. Eine Bewilligung der Erhöhung der Zivilliste würde, wenn sie in dieser Finanzperiode noch eintreten sollte, einen Zuschlag zur Einkommensteuer nothwendig machen. Der Landtag hat in Rücksicht auf den verlangten 25 prozentigen Steuerzuschlag manchen Abstrich gutgeheißen, der besser unterblieben wäre, weil dadurch die nothwendige Erhöhung niedriger Arbeiterlöhne unterbleiben mußte. Die Staatsarbeiter an der Eisenbahn, den Kanälen und andern Betrieben erhalten z. Th. aus diesem Grunde ganz elende Löhne und jetzt soll der Landtag 200 000 Mark für die Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs bewilligen? Wenn er das thut, wird er den Grundsätzen, die ihn beim Finanzgesetz geleitet haben, untreu. Es mag sein, daß die Einkünfte des Großherzogs nicht ausreichen, um auch nur verhältnißmäßig die Aufwendungen zu machen, die am preußischen Hof gemacht werden. Sollte das Beispiel Preußens auch hier die Triebfeder der Forderung sein, dann haben Volk und Landtag ihr erst recht zu widerstehen. Wir werden ja sehen. Vorläufig machen die Philister nur eine Faust in der Tasche und raisonniren in der Kneipe. Die tonangebenden Parlamentarier aber hüllen sich in stolzes Schweigen.

Ratzeburg. Aufgehobene Flugblatt-Beschlagnahme. Wie wir berichtet haben, wurde ein Flugblatt, welches für unseren Kreis bestimmt war, beschlagnahmt und dieser Akt vom Amtsgericht bestätigt, weil in einem das Fleischbeschaugesetz betreffenden Satze die Reichsregierung durch den Vorwurf der Begünstigung der Agrarier beleidigt sei. Der Beschluß ist durch einen weiteren, sehr vernünftigen der Altonaer Strafkammer IV jetzt umgestoßen worden, in welchem es heißt: „Es läßt sich in dem Wortlaut des Flugblattes der Thatbestand des Vergehens der Beleidigung nicht erblicken. Es kann der beanstandeten Stelle nicht, wie die königliche Staatsanwaltschaft es will, die Auslegung gegeben werden, daß mit den gebrauchten Aeußerungen hat behauptet werden sollen, daß die erwähnten Behörden bezw. Körperschaften wissentlich die einseitigen Interessen der als Agrarier bezeichneten Bevölkerungskreise und nicht das Gesammtinteresse des Deutschen Reiches in Berücksichtigung gezogen hätten. Nach Ueberzeugung des Gerichts wohnt der fraglichen Aeußerung nur die Bedeutung bei, daß hiermit gesagt ist, die beiden in Bezug genommenen Gesetze seien im Interesse der sogenannten Agrarier zu Stande gekommen und durch Einbringung dieser Gesetze hätten die damit befaßten Behörden zu Gunsten der Agrarier gehandelt. Mit dieser Behauptung ist lediglich die Thatsache aufgestellt, welche objektiv auch zutreffen mag, daß die genannte Bevölkerungsklasse den wesentlichsten Vortheil aus diesen beiden Gesetzen erreiche, wie denn überhaupt in vielfachen Fällen ein Gesetz nicht immer gleichmäßig jedem Einzelnen der Bevölkerung zu Gute kommen kann, sondern nur für die Angehörigen eines bestimmten Standes oder Erwerbszweiges in deren Interesse Bestimmungen trifft, wie beispielsweise die Arbeitergesetzgebung in der Hauptsache für die Arbeitnehmer Fürsorge trifft. Keineswegs läßt sich aber aus der in Betracht kommenden Stelle herauslesen, daß damit den betreffenden Behörden Parteilichkeit und Hintansetzung des Gesammtwohls im Interesse einer bestimmten Klasse hat vorgeworfen werden sollen."

Kiel. Das Arbeitersekretariat soll am 1. Juli kommenden Jahres eröffnet werden.

Elmshorn. An den Stadtverordnetenwahlen betheiligen sich die hiesigen Parteigenossen durch Aufstellung der Genossen Abel und Haak als Kandidaten.

Pinneberg. Für die Stadtverordnetenwahlen stellten die Parteigenossen als Kandidaten auf Fliegner als Rathmann, und Preuß als Stadtverordnetenkandidaten auf.

Flensburg. Der frühere Schüler Brehme, welcher, wie wir s. Zt. meldeten, seine Mitschüler fortgesetzt bestohlen hatte, dann flüchtete, aber gefaßt wurde, ist von der hiesigen Strafkammer zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Der leichtsinnige Bengel hatte gemaust, obwohl er wegen anderer Vergehen schon von einer anderen höheren Lehranstalt „geschaßt" worden war.

Wittenburg. Feuer. Auf dem benachbarten Gute Karft brannten in der Nacht auf Freitag das Viehhaus und die Scheune nieder. Eine große Menge Vieh — Kühe, Schafe, Füllen und Schweine — sind in den Flammen umgekommen.

Geestemünde. Seinen Tod in den Flammen fand der Landwirth Semke in Dorshagen, als er aus seinem brennenden Gewese zu retten versuchte.

Lübecker Stadttheater.

Schillerfeier. Auf eine würdige Art versuchte Sonntag Abend unsere städtische Bühne Schillers Geburtstag nachträglich zu begehen. Man gab das Festspiel „Ideale", von Herrn Gottscheid selbst verfaßt, und dazu „Die Jungfrau von Orleans" Schillers. Das Gottscheid'sche Festspiel hat seine Feuerprobe bereits anderwärts bestanden, wenn es auch für Lübeck noch völlig neu war. Da es lediglich ein Festspiel ist, so kann man ihm selbstverständlich nicht mit dem schweren Rüstzeug der Kritik zu Leibe gehen. Immerhin ist anzuerkennen, daß der Dichter Gottscheid seine Aufgabe geschickt gelöst hat. Er stellt einen kraft- und thatenlosen Dichter hin. Nichts gelingt diesem mehr. Er versinkt in Schlaf, und da naht sich ihm der Genius der Dichtkunst, der im Bilde dem schlummernden Dichter die Ideale zeigt, die der große Schiller in seinen Dichtungen gefeiert hat. Der Dichter gewinnt neue Kraft und neue Lust zu neuem Schaffen. Mit einer großen Apotheose, einer Huldigung an Schiller, schließt das Festspiel. Das

ist, so viel wir bei der herrschenden großen Unruhe in dem fürchterlich vollen Theater verstehen konnten, der Inhalt des Festspiels. Die Darstellung war im Großen und Ganzen angemessen. Leider wollte jedoch nicht alles so klappen, wie wir es unter der Direktion Gottscheid sonst gewohnt sind. Als nach den einleitenden Worten des Genius, den Tilly Hesse verkörperte, ohne indes gerade etwas Besonderes zu bieten, das erste Bild erscheinen sollte, entstand eine Kunstpause, die durch die irrlichterierende, unruhige Haltung von Frl. Hesse leider zu sehr auffiel. Später, bei der Apotheose, aber war ein zu durchsichtiger Vorhang gewählt worden, sodaß bereits lange vorher die Aufmerksamkeit darauf gelenkt wurde, während später dann dieser durchsichtige Schleier nicht rechtzeitig genug hochging, um die Apotheose klar schauen zu können. Das waren zwei Mißstände, die sich doch leicht hätten vermeiden lassen können. Das Publikum, das sehr zahlreich erschienen war, rief Herrn Gottscheid, der den „Dichter" dargestellt hatte, mehrfach vor die Rampe und zeichnete ihn durch mehrere Lorbeerkränze aus. — Den „Idealen" Gottscheids folgte Schillers unvergängliche „Jungfrau von Orleans", die längst Gemeingut des deutschen Volkes geworden ist. In der Titelrolle, als Johanna d'Arc, gastirte ein noch junges Mitglied des deutschen Schauspielhauses in Hamburg, Frl. Anna Feldhammer. Anfangs etwas zaghaft und schüchtern, erwärmte sich die Künstlerin im Laufe des Abends immer mehr, sodaß sich ihre Leistung von Akt zu Akt steigerte und lebhaft interessirte. Hinsichtlich der Auffassung der Rolle haben wir einige Bedenken geltend zu machen. Die Künstlerin war im ersten Akte zu natürlich, zu einfach-menschlich und vergaß dabei das Visionäre zu betonen. In den leidenschaftlichen Momenten jedoch, da war ihre Leistung von durchschlagender Wirkung. Allem Anschein nach liegt der Schwerpunkt des künstlerischen Talentes der jungen Künstlerin auf einem anderen Gebiete als dem der „Jungfrau von Orleans": Frl. Feldhammer scheint, unserer Ansicht nach, die sich auf dieser einmaligen Vorstellung gründet, mehr für die Rollen der „blonden Bestien" geeignet zu sein, d. h. ihre ureigenste Domäne sollte das moderne Drama sein und bleiben. Den Schattenkönig Karl den Siebenten spielte Herr Knaack, ebenfalls vom Hamburger Schauspielhause. Gutes haben wir an seiner Leistung beim besten Willen nicht entdecken können. Herr Knaack spielte den leichtsinnigen König etwas gar zu sehr salopp; er blieb deshalb auch völlig ohne Eindruck und wurde durch unseren Ludwig, der den Grafen Dunois, Bastard von Orleans, spielte, völlig erdrückt. Mit jeder neuen Rolle zeigt Herr Ludwig, der treffliche Darsteller des Pfarrers Sang in Björnson's „Ueber die Kraft", welch großes schauspielerisches Talent ihm eigen ist. Der Talbot Carl Sartorys litt besonders unter der manirierten Sprechweise des Künstlers. Kurt Keller lieferte als Lionel eine höchst beachtenswerthe Leistung, die sich seinem Elias Sang von neulich würdig anreihte. Hervorheben aus der Unsumme der Darsteller wollen wir noch den unermüdlichen Julius Seidler als Thibaut d'Arc, Johannas Vater, er hat noch nie, am wenigsten am Sonntag, etwas verdorben, und Anna Gabrieli als Königin Isabeau. Die übrigen, hier nicht genannten Darsteller lösten mit mehr oder minder großem Geschick ihre Aufgabe. Die Regie hatte Franz Bonno übernommen und seine Aufgabe mit Ausnahme des mißglückten Krönungszuges gut gelöst. Das Publikum war enthusiasmirt von der Vorstellung und wurde nicht müde, einzelne Darsteller immer wieder hervor zu rufen. -o-

Viehmarkt

Hamburg, 10. November

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 1460 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Vorzugsschweine, schwere 54—55 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 46—50 Mk. und Ferkel 48—53 Mk. pro 100 Pfd.

Arbeiter Lübecks!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen stets diejenigen Geschäfte, welche durch den **Achtuhrladenschluß** beweisen daß sie auch ihrer Arbeiter gedenken!

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Ein Logis für 2 Leute
Wakenitzmauer 22.

Zwei Lachtauben sind zu verkaufen
Lauerhofstraße 2.

Bett u. Bettstelle billig zu verkaufen
St. Annenstraße 12.

Eine neue 6flamm. Petroleummaschine
zu verkaufen Augustenstraße 5.

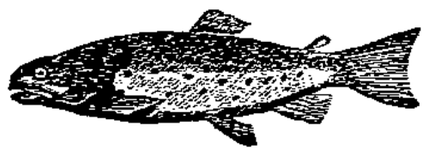
Ein starkes Rad zu verkaufen
Paulstraße 19a.

Vertauscht beim Ball der Schiffszimmerer 2 Schirme und 1 Stock. Es wird freundlichst ersucht, dieselben wieder umzutauschen bei Dedo, Lützowstraße 7a.

Pa. Schweizer Käse
Mk. 0,80 und 1,00
empfiehlt
Th. Storm, Königstr. 98.
Telephon 473.

Ia. Kirschsaft ohne Sprit,
Flasche 45 Pfg.
empfiehlt
Johs. Breede, Dankwartsgrube 37.

Gewerkschafts-Brauerei
Hüxstrasse 79
empfiehlt ihr
aus bestem Hopfen u. Malz hergestelltes
Braunbier.
Eimerbier jeden Mittwoch und Sonnabend von 4½ Uhr an.



Nur hiesige Ostseesprotten und Bücklinge, prima Aale, geräucherten Lachs
empfiehlt
J. C. H. Boy
Telephon 115. Mauer 84.
Filialen:
Beckergrube 3, Wahmstraße 16.

Werkzeuge
für jedes Handwerk
nur beste Qualität
J. F. B. Grube
Inh. Rudolf Möller
Lübeck, Am Markt.

Uhren
gut und billig im Pfandgeschäft
L. S. Baruch, Aegidienstr. 35.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Allgem. Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft
Betriebsverwaltung Lübeck.

Wir machen bekannt, daß vom 12 November a. c. an, während der Wintermonate die Wagenfolge auf der Israelsdorfer Linie an den Wochentagen eine einstündliche sein wird.

Abfahrtzeiten.

Vom Geibelplatz nach Israelsdorf.
8 Uhr 02, 9 Uhr 02, 10 Uhr 02, 11 Uhr 02, 12 Uhr 02, 1 Uhr 02, 2 Uhr 02,
3 „ 02, 4 „ 02, 5 „ 02, 6 „ 02, 7 „ 02, 8 „ 02 Minuten.

Von Israelsdorf nach Geibelplatz.
7 Uhr 27, 8 Uhr 27, 9 Uhr 27, 10 Uhr 27, 11 Uhr 27, 12 Uhr 27, 1 Uhr 27,
2 „ 27, 3 „ 27, 4 „ 27, 5 „ 27, 6 „ 27, 7 „ 27 Minuten.

An den Nachmittagen der Sonn- und Festtage verkehren die Wagen auf dieser Linie von Nachmittags 2 Uhr bis Abends 9 Uhr alle 10 Minuten.

Lübeck, den 9. November 1900.

Die Betriebsverwaltung.

Einem verehrlichen Publikum Lübecks und Umgegend erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Restauration

in meinem Hause **Sadowastrasse No. 11a** eröffne; es wird mein stetes Bestreben sein, nur gute Speisen und Getränke zu verabfolgen und indem ich um gütige Unterstützung bitte, zeichne mit aller Hochachtung ergebenst

H. Struck,
Sadowastraße Nr. 11a.

Lübeck, den 11. November 1900.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung
am Donnerstag den 15. November d. J.
Abends 8½ Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50/52.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1900.
2. Verpachtung des Grundstückes Johannisstraße 50/52.
3. Antrag des Aufsichtsrathes betreffs Besoldung des Vorstandes.

— Antheilscheine legitimiren. —

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 13. November
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:
1. Unser Arbeitsvertrag mit der Innung und Abstimmung über Aenderung desselben.
2. Beschlußfassung über Aufbringung der Mittel für das Arbeiter-Secretariat.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Die Lokalverwaltung.

Gute fette Kochbutter
Mk. 1, 1,05, 1,10
empfiehlt
Th. Storm, Königstr. 98.
Telephon 473.

Tilsiter und Holländischer
Käse
fett und vorzüglich im Geschmack, empfiehlt
Th. Storm, Königstr. 98.
Telephon 473.

Lübecker Besohl-Anstalt
3 Große Burgstraße 3.
Herren-Sohlen Mk. 1,50
Damen-Sohlen „ 1,10
Herren-Absätze 50—60 Pfg.
Damen-Absätze 40—50 „
Kindersohlen mit Absätze je nach Größe von 80 Pfg. an.

Nur Kernleder. Nur Handarbeit.

Große Auswahl
in sämmtlichen Schuhwaaren.
Kinderschuhe von 50 Pfg. an.
Damenschuhe von 1,80 an.
Herrenschuhe von 2,80 an.
Inh. **Aug. Berg.**

Diejenigen Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes der Zahlstelle Lübeck, welche gewillt sind, an dem Stiftungsfeste der Kollegen in Schlutup am Sonntag den 18 d. M. theilzunehmen, haben sich bis Mittwoch den 14. d. M., Abends 6 Uhr, bei J. Lühr, Reiferstraße 50a, H. Radden, Schützenstraße 39, H. Heitmann, Gr. Kiesau 25, zu melden.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Zahlst. Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 13. November
Abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Circus Variété
Nur noch wenige Tage
Das pompöse Nov.-Progr.
Neu!!
Riesen-Phonograph
mit Vortrag von Heinr. Kalnberg und Fritz Rittscher.
Nur wenige Tage.
Alle Künstler mit neuen Einlagen.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.

Stadt-Theater.

Dienstag den 13. November.
37. Abonnem.-Vorst. 7. Dienstags-Abonnement.
7½ Uhr.
Ueber die Kraft.
Die Richtige.

Mittwoch den 14. November.
38. Abonnem.-Vorst. 5. Mittwochs-Abonnement.
Wiederholung der Schillerfeier.
Die Ideale.
Die Jungfrau von Orleans.

Donnerstag den 15. November.
Zum ersten Male.
Tannhäuser.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 265. Dienstag, den 13. November 1900. 7. Jahrgang.

Verstaatlichung der Bergwerke?

Ueber die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke veröffentlicht A. B. in der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" folgenden beachtenswerthen Artikel:

Der Bergbau und namentlich der Kohlenbergbau spielt in der Volkswirthschaft wohl unbestritten die erste Rolle; ist doch die Steinkohle für die Existenzbedingung unserer heutigen Welt von der größten Wichtigkeit, hängt doch die Erzeugung mechanischer Kraft vornehmlich von der Steinkohle ab. Diese Thatsache hat Niemand besser erkannt, als unsere Grubenkapitalisten, und sie haben es verstanden, aus den Thatsachen Kapital zu schlagen.

Der Standpunkt, die Produkte billiger als die Konkurrenz auf den Weltmarkt zu werfen, um sie bei starkem Angebot los zu werden, ist von den Bergwerksunternehmern längst überwunden. Sie haben sich in der Erkenntniß ihrer gemeinsamen Interessen zusammengefunden, zusammengefunden als moderne Räubergesellschaft mit dem einzigen Ziel der schrankenlosen Ausplünderung der Konsumenten, der schrankenlosen Ausbeutung der Bergarbeiterschaft.

Es bestehen in Deutschland dieser Vereinigungen mehrere, aber sie thun sich gegenseitig kein Leid an. Die stärkste dieser Vereinigungen, die den anderen vorbildlich ist, ist das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Diese Syndikate haben den Kohlenmarkt monopolisirt und ihre Schamlosigkeit geht so weit jetzt, trotz des Niederganges, noch höhere Kohlenpreise zu diktiren als bisher.

Dieses Treiben hat denn eine Erscheinung gezeigtigt, die von der bürgerlichen Presse als Kohlennoth bezeichnet wird, für die aber als einzig richtiger Name nur das Wort: Kohlenwucher am Platze ist. Dieser unnatürliche Zustand hat aber eine noch viel merkwürdigere Erscheinung hervorgerufen, und zwar den Ruf der erzreaktionärsten Kreise im politischen Leben, des Zentrums und der Konservativen, nach Verstaatlichung der Bergwerke. Nachdem die Frage einmal angeschnitten, wird sie auch in parteigenössischen Kreisen vielfach ventilirt, und auch der nächstjährige Parteitag in Lübeck wird sich mit dieser Frage beschäftigen. Da heißt es nun: Wie stellen wir uns zu der Frage der Verstaatlichung der Bergwerke?

Diese Frage mag Manchem etwas verwunderlich klingen, da wir doch laut Parteiprogramm die Verstaatlichung d. h. die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, also auch der Bergwerke, fordern. Mancher wird es vielleicht als selbstverständlich erachten, daß wir ohne Weiteres mit in den Ruf nach Verstaatlichung der Bergwerke einstimmen, und sich schier wundern, wenn wir uns für den Augenblick der Forderung gegenüber strikte ablehnend verhalten. Die Sache will bei Licht besehen sein, und da muß es doch sehr verdächtig erscheinen, wenn soziale und politische Reaktionäre für die Verstaatlichung eintreten. Untersuchen wir zunächst einmal, inwieweit die Bergarbeiter an der Verstaatlichung interessirt sind.

Vor nunmehr einem Jahrzehnt konnte man in jeder Bergarbeiterversammlung das Verlangen nach Verstaatlichung der Bergwerke hören. Heute sind diese Rufe mit einigen wenigen Ausnahmen verstummt. Warum? Die Bergleute haben eben ein Haar in der Butter gefunden. Sie haben als warnendes Beispiel die fiskalischen Gruben, namentlich die des Saarreviers, vor Augen. Sie erinnern sich des Streiks vom Jahre 1893. Der Staat, von dem man erwarten sollte, daß er als Arbeitgeber den Gesetzen bis auf das Tipfelchen über dem i gerecht werde, er knutet jegliche Regung von Organisationsbestrebungen unbarmherzig nieder, das gesetzlich garantirte Koalitionsrecht wird von ihm erwürgt. Auf den staatlichen Saargruben, die vor den anderen als Mustergruben dastehen sollten, wurde der 1893er Streik furchtbar gerächt, wie es kein Privatunternehmer gewagt hat. Tausende wurden aufs Pflaster geworfen und brotlos gemacht, und noch heute sind es über 400 Rache-Opfer, die endgiltig von der Bergarbeit ausgeschlossen sind.

Und wie ist es mit den übrigen Einrichtungen auf den Saargruben, wie mit den Knappschafts- resp. Pensionskassen? Sie sind um kein Haar besser, als auf den Privatgruben, eher noch schlechter. Aber auch die hiesige Bergarbeiterschaft spürt es am eigenen Leibe, wie ihnen der Vater Staat wohl will. Wir erinnern nur an die merkwürdige Erfüllung der langjährigen dringlichen Forderung: Einführung von Hülfsinspektoren aus den Reihen der Arbeiter, von Arbeitern gewählt. Wir erinnern ferner daran, daß trotz des lautesten Protestes der Bergarbeiter gegen die ihnen von den Unternehmern aufoktroyirten Knappschafts-Statuten, diese doch jedesmal die Genehmigung der Regierung und des Bundesraths erlangten. Schließlich führen sich die Bergarbeiter das Elend der staatlichen Eisenbahnarbeiter vor Augen und sie sind von allen Illusionen gründlich kurirt.

Aber vom parteipolitischen Standpunkt aus hat das Ding auch noch eine andere Seite. Wir könnten wirklich keine größere Dummheit begehen, als im gegenwärtigen Moment der Verstaatlichung zuzustimmen. Unser heutiger Staat ist vollständig korrumpirt, angefault bis ins Mark. Es ist reif, daß ihm die Axt an die Wurzeln gelegt wird. Die Regierung liefert für 12 000 Mark dem Kapital das Volk ans Messer, man übt den schimpflichsten Verrath am Volk, den man sich denken kann. Am politischen Horizont unseres Vaterlands erscheint immer drohender das Gespenst des Absolutismus. Haben wir da Unrecht, wenn wir sagen, wir würden die größte Dummheit begehen, wenn wir diesem Klassenstaat die Bergwerke auslieferten? Nein, im Gegentheil! Wür würden durch diese That dem alten verrotteten Staatswesen nur neue Säfte zuführen. Seine Existenz, dessen Berechtigung er längst verwirkt, würde neu befestigt werden. Den angefaulten Wurzeln würden neue belebende Säfte zugeführt werden. Die Regierung würde aus den Bergwerken unermeßliche Summen ziehen, welche verbunden mit den Einnahmen von den Staatsbahnen ihr eine finanzielle Unabhängigkeit sichern und unsere Volksvertretung zur Null machen und schließlich ganz beseitigen könnten. Das können und wollen wir doch nicht mitmachen.

Ueber die Verstaatlichung der Bergwerke sagt Genosse Haller-Nürnberg in seiner Rede über die Kohlennoth sehr treffend: „Eine Verstaatlichung der Bergwerke im kapitalistischen Klassenstaate ist keine Vergesellschaftlichung; nur der Eigenthümer würde wechseln, das System bliebe, für die Arbeiter würde es noch verschärft werden. Wollte man heute die Bergwerke verstaatlichen, so würde die Macht des Staates, der herrschenden Klasse noch unendlich gesteigert."

Einzig und allein von diesem Gesichtswinkel aus haben wir die Frage zu betrachten. Treten wir der Frage der Verstaatlichung näher, wollen wir verstaatlichen, so ist die erste Vorbedingung, daß wir zu der Regierung des Staates Vertrauen haben. Gegen die Regierung unseres Staates haben wir ein Maß des Mißtrauens, wie sich dessen wohl noch keine Regierung zu erfreuen hatte. Gegen diese Regierung führen wir unerbittlich den Kampf und geben keinen Pardon.

Diese Regierung erhält von uns keine Bergwerke. Erst dann, wenn wir die politische Macht errungen haben, kommt für uns die Verstaatlichung praktisch in Frage. Einstweilen haben wir zu agitiren und zu organisiren, immer weitere Kreise an uns heranzuziehen und die Reihen enger zu schließen. Die Kampfesweise muß stets vervollkommnet werden sowohl in gewerkschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. Sagen wir mit den Engländern: No survender! Kein Nachgeben! Sagen wir: Es wird gekämpft bis zum Sieg!

Thun wir so in jeder Weise unsere Pflicht, so wird der große Tag nicht mehr fern sein, an dem das Volk die Macht des Kapitals brechen und der Klassenstaat am Boden liegen wird. Dann wird auch der arme Grubenproletar, der Aermste der Armen, der Fesseln entledigt, dann wird er frei, dann werden die Bergwerke für und durch das Volk betrieben.

Dann ist das große Ziel erreicht, dann hat sich die Zeit erfüllt.

Soziales und Parteileben.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Erfurt haben die Gewerkschaften einen glänzenden Sieg errungen. Nicht nur in der Klasse der Arbeitnehmer wurden unsere Kandidaten gewählt, sondern auch in der Klasse der Arbeitgeber siegte unsere Liste mit Ausnahme einer Gruppe. Auf unserer Liste erhielten die Kandidaten 26 bis 84 Stimmen in den einzelnen Gruppen, während die Stimmenzahl der Gegner zwischen 13 bis 16 schwankte. Von der Innung wurden nur zwei Vertreter gewählt. Der Ausgang der Wahl ist nicht ohne Bedeutung. Erfurt ist in letzter Zeit besonders berühmt geworden durch die harten Urtheile, die gegen unsere Parteigenossen gefällt wurden und es ist nur zu erklärlich, daß die Arbeiterbevölkerung in dem Ausfall der Wahl eine Protestkundgebung gegen die gelehrten Richter erblickt. Man will wenigstens an dieser Art der Rechtsprechung, wo Laienrichter zugelassen werden, den Geist reaktionärer Rechtsprechung verbannen, der sich durch Härte gegen die Arbeiterbewegung kundgiebt. Deshalb wählte man weder Vertheidiger noch Stützen dieser Rechtsprechung bürgerlicher Gerichte.

Stellenlose Kellnerinnen und Dienstmädchen. Die Zahl der stellenlosen Kellnerinnen in München ist zur Zeit, da in allen Sommerfrischen und Kurorten die Saison geschlossen ist, sehr groß; sie wird auf über zweitausend geschätzt. Bei den meisten Kaffee- und Restaurantbesitzern werden täglich 20—30 Mädchen vorstellig, die sich um Dienste bewerben.

Die Jenaer Parteigenossen haben einen seltsamen Wettstreit mit den Behörden, insbesondere aber mit dem zweiten Bürgermeister Wagner begonnen. Auf jedes Versammlungsverbot folgt eine neue Versammlungsanmeldung, und man will auf diese Weise erproben, was länger vorhält: die Verbotswuth des Bürgermeisters oder der Eifer unserer Genossen. Der Ausgangspunkt dieses Wettstreits ist die verbotene Versammlurg, in der Genosse Dr. Quarck über die Weltmachtspolitik sprechen sollte. Auf eine Beschwerde gegen dieses Verbot, das mit einem Hinweis auf die gefahrverheißende Person des Referenten begründet wurde, ging dem Genossen Leber in Jena eine Antwort von der Bezirksdirektion zu, in der es hieß: „Auf Ihre Eingabe ist Ihnen zu eröffnen, daß Ihrem Ansuchen, die Oberbehörde möchte veranlassen, daß künftig derartige Verbote unterbleiben, eine weitere Folge nicht gegeben werden kann." Die Jenaer Genossen haben nun die Probe auf diese Erklärung gemacht. Es wurde

Die Rivalinnen.

Roman von E. Labarrière.

(7. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

„An mich?" rief Thibault, indem er erschreckt mit einem Satze von seinem Stuhle aufsprang. „Sie wollen zu mir Ihre Zuflucht nehmen, sagten Sie?"

„Zu Ihnen, Herr d'Orlanges. Es ist das vielleicht ein wenig unbedacht von mir. Ich weiß, daß Sie auf Luise einen unbedingten Einfluß, eine Seelenautorität ihr gegenüber haben. Wenn Sie ihr meine Argumente nochmals vortragen wollten, würden dieselben in ganz anderer Weise wirken und zwar so, daß unser Starrkopf zur Einsicht käme, daß sie nur eigensinnig ist, meinen Sie nicht?"

„Ich — ich sollte — — —"

„Ich bitte Sie darum . . . Sagen Sie ihr . . . je nun, . . . daß sie in ihrem Alter keine Zeit mehr habe, noch länger zu warten, daß die Jugend entflieht, während sie ihren romantischen Träumereien nachhängt. Sagen Sie ihr, daß es auf dieser elenden Welt häufig unmöglich ist, daß Liebe und Vernunft sich decken, daß ein Tag kommen wird, wo sie an der Seite eines ehrenhaften Mannes, umringt von schönen Kindern, sich glücklich preisen wird, ihren phantastischen Träumen nicht gefolgt zu sein. Sagen Sie Ihr das und was Ihnen Ihre Freundschaft für sie und Ihr guter Geist sonst noch eingeben mag. Sie besitzen die Kunst zu überreden, es ist also doppelte Aussicht vorhanden, daß es Ihnen glückt."

In wahrhaft mütterlicher Liebe faltete sie die Hände, wobei die Augen mit flehendem Ausdruck auf ihn gerichtet waren, so daß Widerspruch einfach unmöglich war. Noch ehe Thibault den Mund öffnen konnte, hatte sie geschellt.

„Wollen Sie Fräulein Luise sagen, daß ich Sie hier erwarte," sagte sie dem auf das Läuten herbeieilenden Diener. „Und nun, auf Wiedersehen. Ob es Ihnen gelingen möge oder nicht, ich werde Ihnen immer dankbar sein. Auf Wiedersehen und vielen Dank."

„Daß Dich der Teufel hole," murmelte Thibault, noch ganz bestürzt, „daß der Teufel sie und ihren Auftrag hole. Da befinde ich mich nun in einer schönen Falle."

Er hatte Lust ihr nachzulaufen und ihr in höflicher aber bestimmter Form zu erklären, daß er den Auftrag, den er thörichter Weise sich hatte aufbürden lassen, nicht erledigen könne. Ein Umstand hielt ihn zurück. Welchen Grund sollte er anführen? Die Wahrheit gestehen, ihr seine Liebe zu Luise offenbaren? Hieße das nicht, sich den Eintritt in das Haus für immer verschließen. Er sah den mehr als erstaunten Blick, mit welchem sie seine Eröffnung hinnehmen würde. „Mein Bester, Sie machen uns also einen Antrag! Gut, aber haben Sie sich denn niemals in einem Spiegel betrachtet?"

Geh Orang-Utang, vollende Dein Werk. Führe die Frau, welche Du liebst, in die Arme eines Andern. Bereite ihr mit eigenen Händen das Hochzeitsbett. Und welcher Frau! Bei ihr hättest Du nicht zu fürchten brauchen, die Käuflichkeit käme zum Vorschein, die Du bei allen anderen armen Mädchen wittertest. Sie besteht die Probe, da sie einen Krösus, welcher weder häßlich, noch buckelig ist, zurückweist. Doch was liegt daran, opfere alle Deine Hoffnungen. Du bildetest Dir ein, den Himmel erstürmen zu können und vergaßest Deine Mißgestalt, die Dich gefesselt zurückhält. Kehre in Dein Nichts zurück und vollende Dein Opfer; sei Dein eigener Henker.

Er durchmaß am ganzen Leibe vor Erregung zitternd, mit großen Schritten den Salon. Zum Kuckuck, wenn er nicht fürchten müßte, unhöflich zu erscheinen . . .

„Nein, nein!" rief er außer sich, „ich will nicht. Ich gehe, mag man darüber denken was man will; ach was, Anstand, Höflichkeit, das ist Alles gleichgiltig!"

Jeden Augenblick konnte sie eintreten. In der größten Eile entnahm er daher seiner Brieftasche eine Visitenkarte, auf welche er ein Wort der Entschuldigung schreiben wollte, als sich die Thür öffnete. Luise stand vor ihm.

Als sie ihn bemerkte, blieb sie einen Augenblick wie erschreckt stehen, dann kam sie mit ausgestreckter Hand, ein holdes Lächeln auf den Lippen, auf ihn zu.

Thibault begrüßte sie mit ernster Miene.

„Entschuldigen Sie," sagte sie. „Ich glaubte, daß meine Mutter . . ."

„In der That, Fräulein, Frau Grenduret verließ soeben den Salon. Sie bittet Sie, ihre Rückkehr in meiner Gesellschaft erwarten zu wollen."

„In Ihrer Gesellschaft . . . desto besser, ich hätte eine Bitte an Sie zu richten."

„Was wäre das, mein Fräulein?"

„Ich möchte Sie um Verzeihung bitten."

„Mich, um Verzeihung?"

„Ja, daß ich die letzten zwei Wochen so unliebenswürdig, so mürrisch gegen Sie gewesen."

„Sie wären unliebenswürdig, mürrisch gewesen? Sie? Offen gestanden, habe ich nichts davon gemerkt."

„Pfui, nicht die Unwahrheit sagen!" Wollen Sie mir verzeihen?"

„Von ganzen Herzen, aber ich versichere Ihnen . ."

„Versichern Sie lieber nichts. Du lieber Gott, ich hatte so viel Unannehmlichkeiten . . . Wenn Sie wüßten! Wenn Sie wüßten."

Sie zögerte wie verwirrt bei dem Gedanken, einem Fremden die Geheimnisse ihres Innern zu offenbaren, es widerstrebte ihr, im tête à tête das gefährliche Thema vom Heirathen zu erörtern. So erklärte sich wenigstens Thibault ihre Verwirrung; er hatte trotz seiner Qualen noch die Kraft, ihr den Anfang zu erleichtern.

„Oh ich weiß . . . Herr Parizot."

Luise trat einen Schritt zurück. Wer mochte ihn wohl so genau über eine Sache unterrichtet haben, welche man vor

eine Versammlung mit derselben Tagesordnung, aber mit einem andern Referenten — dem Reichstagsabgeordneten Albrecht — veranstaltet. Das Verbot traf prompt ein, weil, wie der zweite Bürgermeister Dr. Wagner verfügte, auch von dieser Versammlung eine dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit — ganz wie in Sachsen — zu erwarten sei. Eine dritte Versammlung, die unsere Genossen mit demselben Thema, aber mit dem Genossen Leber als Referenten anberaumten, ist zwar der weimarischen Staatsrettung noch nicht zum Opfer gefallen, das kann aber noch werden, ja es ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Für den Fall des abermaligen Verbots sind, so heißt es in der „Erfurter Tribüne", weitere Themata und andere Referenten in Bereitschaft. Wir wollen einmal sehen, wer zuerst die Lust verliert, wir in der Wahrnehmung unserer staatsbürgerlichen Rechte oder der weimarische Kurs mit seinen Wurmbdereien. Vielleicht läßt sich mit Ausdauer und gutem Humor auf diese Weise feststellen, wie ein Versammlungsthema und ein Versammlungsredner in Jena beschaffen sein muß, um nicht verboten zu werden.

Eine übermenschliche Arbeit hat die Mainzer Polizeibehörde ihrem Stenographen zugemuthet, der die achttägigen Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages, sowie der Frauenkonferenz in Mainz in ihrem Auftrag wortgetreu auf dem Papier zu fixiren hatte. Das Stenogramm umfaßt nach der Mittheilung unseres Mainzer Bruderorgans über 1200 Folioseiten. Während die amtlichen Parlaments-Stenographen alle 10 Minuten abgelöst werden, mußte der bedauernswerthe Stenograph in Mainz täglich 8 Stunden ununterbrochen arbeiten. Es wäre kein Wunder, wenn das Stenogramm Zeichen der Ueberanstrengung des Verfassers aufwiese.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wie aus Elbing gemeldet wird, stießen Donnerstag auf dem Elbingflusse bei Terra Nova der Tourendampfer „Julius Born" und das Segelschiff „Johanne Catarine" zusammen. Beide Schiffe sanken, der Kapitän des Segelschiffes, Hasseldieck, ertrank. — Bei einer Dampfkessel-Explosion in einer chemischen Fabrik zu Leopoldshall wurden am Donnerstag zwei Personen getödtet, 2 schwer und 7 leicht verletzt. — Bei den Vorbereitungen zu einem Vortrage, den der Oberingenieur Schlenk vom bayerischen Gewerbe-Museum zu Nürnberg am Mittwoch im Gewerbe-Verein in Schweinfurt halten wollte, explodirte der Acetylenentwickler und zerschmetterte Schlenk den Kopf, so daß der Tod sofort eintrat. — Die Denkmalsstifter sind in Deutschland unermüdlich. Donnerstag, am 50. Jahrestage des ewig denkwürdigen „Gefechts", in dem der berühmte Schimmel von Bronzell (Hessen-Nassau) verwundet wurde, ist diesem Ereignisse ein Gedenkstein gesetzt worden. — Ein blutiges Drama, dem zwei Personen zum Opfer fielen, hat sich in Friedberg bei Frankfurt a. M. zugetragen. In dem dortigen Barbiergeschäft von Forder waren der Gehülfe Appel aus Gießen und ein Lehrling aus Groß-Karben thätig, die bei ihrem Meister in einem gemeinsamen Zimmer wohnten. Als Appel des Nachts etwas bezecht nach Hause kam, begann er mit einem geladenen Revolver zu manipuliren. Plötzlich entlud sich die Waffe, und das Geschoß traf den im Bett schlafenden Lehrling in den Kopf. Dieser wurde so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten seinen Geist aufgab. Als Appel das von ihm angerichtete Unheil gewahrte, richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen tödtlichen Schuß in den Kopf bei. Vorher hatte er einen Zettel auf den Tisch gelegt, in dem er Auskunft über den Vorfall gab und erklärte, daß er nach dem angerichteten Unglück nicht länger leben könne. Zur Zeit der That war der Meister außer dem Hause, und auch sonst hatte niemand die Schüsse vernommen. — Die Zahl der Typhuskranken bei dem Feld-Artillerie-Regiment Nr. 15 in Straßburg ist auf 36 gestiegen. Wie gerüchtweise verlautet, sollen zwei Soldaten des Regiments am Typhus gestorben sein. Das Regiment wurde Donnerstag nach Hagenau gebracht, um in Baracken isolirt zu werden. Der Typhus soll aus dem Manöverfelde in die Kaserne des Regiments eingeschleppt worden sein. — Ein Unglücksfall ereignete sich auf dem Schießplatze der Mauser'schen Waffenfabrik bei Oberndorf (Württemberg). Während der Schießversuche beging ein italienischer Fabrikarbeiter die Unvorsichtigkeit, die Sicherheitsgrenze des Schießplatzes zu überschreiten. Er wurde durch zwei Kugeln ins Gesicht getroffen, so daß er sofort todt war. — Einer Massen-Zechprellerei ist vor Kurzem ein Wirth in Salzburg zum Opfer gefallen. Dort kamen vor einigen Tagen in das am Marktplatz gelegene Kaffee Edtmayer etwa 25 Gäste, von denen jeder eine Portion Kaffee mit Brod zu sich nahm. Plötzlich erhoben sich 20 aus dieser Gäste Schaar und rannten, ohne die Zeche zu bezahlen, in der Richtung gegen den Bahnhof davon. Ein Kellnerjunge eilte sofort den Zechprellern nach, konnte aber diese nicht mehr erreichen, denn als er auf dem Bahnhof ankam, waren die sonderbaren Gäste schon mit dem nach Lindau gehenden Schnellzug abgedampft. Wie verlautet, sollen die Durchgänger aus Ungarn gewesen sein. — Aus Gmunden wird einem Wiener Blatte geschrieben: Wie alljährlich, so waren auch am diesmaligen Allerseelentage die Gmundener Zeugen einer rührende Szene. Vor sieben Jahren war der siebzehnjährige Kadettenschüler Breuz aus Wien vom Traunstein so unglücklich abgestürzt, daß er direkt in den See fiel und in den Wellen sein Grab fand. Alle Bemühungen, den Leichnam zu bergen, blieben vergeblich, obwohl die Stelle im See, wo der junge Mann unterging, bekannt ist, da in jenem verhängnißvollen Augenblicke ein Dampfer vorbeifuhr. Alljährlich am Allerseelentage, und so auch in diesem Jahre, trifft eine schmerzgebeugte Frau, die Mutter des Verunglückten, in Gmunden ein. Ein Bootsmann rudert sie auf den See hinaus bis zu jener Stelle, wo die Fluthen den geliebten Sohn verschlungen haben. Dort versenkt die beklagenswerthe Frau einen herrlichen Kranz aus blühenden Blumen. — Ein Eisenbahnunfall wird aus Belgien gemeldet. Der Freitag früh von Baulers abgegangene Personenzug ist auf der Station Brain-l'Alleud, unweit Waterloo, von einem Güterzuge angefahren worden. Die ersten Wagen des Personenzuges sowie die Maschine und mehrere Wagen des Güterzuges wurden vollständig zertrümmert. Wie gemeldet wird, sind der Heizer und der Lokomotivführer des Güterzuges todt, 11 Reisende, der Mehrzahl nach auf der Fahrt nach Brüssel befindliche Arbeiter, schwer verletzt. — Alle Pestkranken, die noch im Belvedere-Hospital in Glasgow lagen, sind jetzt wieder als gesund entlassen worden, sodaß die Stadt vollkommen pestfrei ist. Nur 12 Fälle haben einen tödlichen Ausgang gehabt. — Aus London wird berichtet: Ein eigenartiger Gegenstand wurde dieser Tage in den Auktionsräumen von Stevens neben vielen anderen zur Versteigerung gebraucht. Es war eine weibliche Mumie aus Aegypten, die nach den Angaben des Auktionators eine Tochter von Ramses II. (um 1350 v. Chr.) gewesen sein soll. Dazu gab es zwei Röntgen-Photographien der Mumie, die zeigten, daß sie sich noch in ziemlich guten Erhaltungszustande befand. Und diese königliche Prinzessin brachte es auf nicht mehr als 210 Mk. — Ueber ein eigenthümliches Schiffsunglück wird aus Cherbourg gemeldet: Der Hamburger Dampfer „India", der, von Northshields kommend, nach Reggie mit einer Kohlenladung fuhr, traf am Mittwoch Nachmittag mit dem englischen Dampfer „Amaryllis" zusammen, der das Nothsignal gegeben hatte. Kapitän Piper von der „India" versuchte Hilfe zu leisten, aber die See ging hoch und eine große Welle schleuderte die „Amaryllis" auf die „India", welche beschädigt wurde. Die „India" fuhr darauf nach Cherbourg; sie hatte die gesammte Mannschaft der „Amaryllis" an Bord mit Ausnahme von zwei Mann, die umgekommen sind. — Der Dampfer „City of Vienna" aus Dublin wurde am Mittwoch Vormittag von einem unbekannten Dampfer im Kanal von Bristol angerannt und sank alsbald. Von der zwanzig Köpfe starken Mannschaft des Schiffes wurde nur ein Heizer, ein Deutscher Namens Otto Trink, gerettet.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer Elberfeld den Schlosser Friedrich Giesen von Velbert zu zwei Monaten und einer Woche Gefängniß. — Der gegen den früheren Abgeordneten F. Bueb vor Jahren wegen einer Rede in Basel anhängig gemachte Majestätsbeleidigungs-Prozeß ist, wie die „Straßb. Bürgerzeitung" erfahren haben will, niedergeschlagen worden. — Ein Majestätsbeleidiger — von der eigenen Ehefrau denunzirt. Ein Verbrechen wider die Heiligkeit der Majestät beschäftigte am Dienstag die Kaiserslauterner Strafkammer. Die Ehefrau des Eisendrehers Heinrich Grub hat, nachdem dieser sie mißhandelt hatte, im September ihren Ehemann wegen Beleidigung des deutschen Kaisers angezeigt. Die darauf eröffnete Untersuchung brachte den Grub heute auf die Anklagebank. Das Urtheil lautete auf fünf Monate Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 6 Monate Gefängniß beantragt. Grub wurde sofort verhaftet. Interessant ist noch, daß die Frau, nachdem sie sah, was sie angestellt, die Sache wieder zurücknehmen wollte, was natürlich unmöglich war. — In Ludwigshafen wurde der 23 Jahre alte Tagner Peter Rott verhaftet. Rott soll sich am 28. Oktober in Wirthschaft beleidigend gegen den deutschen Kaiser ausgelassen haben.

Mit einer Leutnants-Beleidigung beschäftigte sich am Mittwoch das Schöffengericht zu Spandau. Es waren angeklagt die Frauen Auguste Giese und Anna Kucht, am 23. August cr. den Leutnant Reizmann vom Pionier-Bataillon Nr. 3 öffentlich beleidigt zu haben. Die beiden Frauen fuhren am 23. August cr. gegen Abend in Gemeinschaft mit ihren Männern mit einem Kahn auf der Oberhavel spazieren; sie kamen auch in die Nähe der Schwimmanstalt des Pionier-Bataillons. Hier hörten sie nun lautes Schreien, welches von einem im Wasser befindlichen Soldaten ausging, und vernahmen auch, wie der Leutnant Reizmann rief: „Der Kerl hat die Schnauze voll, der säuft ja die ganze Havel aus, laßt ihn nicht raus!" Hierauf wäre es still geworden und sie haben dann gesehen, wie ein Mann leblos aus dem Wasser getragen wurde. Der Leutnant äußerte hierbei: „Legt ihn in die Sonne!" Die beiden Angeklagten geben nun zu, gerufen zu haben: „Das will ein gebildeter Mann sein und sagt Schnauze? Arme Leute sind auch Menschen!" Der als Zeuge vernommene Leutnant Reizmann bekundete, daß an dem fraglichen Tage sich unter den Badenden ein Mann befand, der in der Kompagnie als Simulant bekannt war. Sobald dieser ins Wasser kam, ließ er sich untergehen und ging nicht allein wieder heraus, sondern ließ sich heraustragen. Auf Befragen des Vorsitzenden gab der Leutnant zu, daß er auch gesagt habe: „Der Kerl hat die Schnauze voll, der säuft ja die ganze Havel aus!" Beim Militär würde das nicht so scharf genommen. Ferner giebt der Leutnant zu, daß es für Zusehende den Anschein erwecken konnte, als würde der Mann mißhandelt. Derselbe sei aber sehr schwächlich und häufig krank und mußte mit demselben sehr vorsichtig umgegangen werden; trotzdem konnte er ihn aber nicht zu sehr berücksichtigen, da es verlangt wird, daß die Leute schwimmen müssen. Die Frauen gaben noch an, daß ihnen drei nackte Soldaten nachgeschickt wurden, um ihre Namen festzustellen. Der Amtsanwalt Göhring hielt die Beleidigung für erwiesen, und beantragte gegen jede der Frauen 15 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In der Urtheilsbegründung führte der Vorsitzende an, es sei zwar erwiesen, daß die eine der Frauen gerufen habe: „Das will ein gebildeter Mensch sein, und schindet die Leute!" Es ist aber nicht festgestellt, welche der beiden Frauen diese Aeußerung gethan. Somit bleibt nur übrig die von dem Leutnant selbst zugegebene Aeußerung mit der „Schnauze." In dieser Aeußerung erblickt das Gericht keine Beleidigung, da der Ausdruck „Schnauze" nicht der eines gebildeten Mannes ist. — „Beim Militär aber wird das nicht so scharf genommen, sich so auszudrücken", sagte der Herr Leutnant. Der Gebrauch des Heeres ist hierin also ein ganz anderer als der Gebrauch gebildeter Männer. Eine erhebende Feststellung!

Ein Schuft von der Nemesis ereilt. In der „New Yorker-Volkszeitung" lesen wir: Das oberste Staatsgericht von Illinois hat das Urtheil gegen den früheren Bankier E. S. Dreyer, der schuldig befunden war, der Westparkbehörde 319000 Dollar unterschlagen zu haben, aufrecht erhalten. Dreyer geht also ins Zuchthaus, in dasselbe Zuchthaus, in welches er 1887 Schwab, Fielden und Neebe, unschuldige Männer, zu bringen eifrigst bemüht gewesen ist. Dreyer war Obmann der „Grand Jury", welche nach dem Polizeiriot auf dem Heumarkt, 4. Mai 1886, nicht Anklage gegen Bonfield, Ward und die anderen Mordverschwörer in Polizeiuniform, sondern gegen die Redakteure der „Arbeiterzeitung" und des „Alarms" und fünf andre Arbeiteragitatoren erhob und damit die Tragödie, welche zum Justizmord am 11. Novembr. 1887 führte, einleitete.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 9. November

Butter.

I. Qualität	Mk	112—118
II. Qualität	„	107—111
Ferner:		
Fehlerhafte und ältere	„	100—105
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	„	75—82
Galizische und ähnliche, verzollt	„	88—96
Finnische Waare „	„	78—82
Amerikanische „	„	88—94

---

aller Welt geheim hielt. Dann plötzlich laut auflachend, näherte sie sich dem jungen Manne und sah ihm scharf in's Gesicht.

„Ich begreife," sagte sie in ernsthaftem Tone. „Meine arme Mutter, die mich sehr liebt, vielleicht zu sehr liebt . . . zu sehr nach ihrer Art, hat eingesehen, daß all' ihre Bitten, all' ihr Flehen unnütz waren, hat sich in ihrer Hoffnungslosigkeit an Sie gewandt und Sie kommen wie ein Pfarrer, dem man sein Thema vorgeschrieben hat, um mir eine kleine Predigt zu halten."

„Nun ja, mein Fräulein . . ."

„Das ist Verrath, das ist wahrhaftig Verrätherei. Und das thun Sie mir, der wie ich hoffte, meinem Vater zur Seite stehen sollte . . . Zwei Männer gegen eine Frau. Fast wäre das Gleichgewicht hergestellt worden. Aber gleichviel," setzte sie hinzu, indem sie sich mit komischer Zerknirschung auf einen Sessel fallen ließ, „fangen Sie an, Herr Pfarrer, ich höre."

Thibault stand vor ihr, blaß, stumm und zitternd. Seine Beine trugen ihn kaum mehr. Er fühlte ein unwiderstehliches, thörichtes Bedürfniß, sich Luisen zu Füßen zu werfen, ihr unter Schluchzen seine Liebe zu gestehen. Aber wie er sich umdrehte, erschien ihm in dem gegenüberliegenden Spiegel sein Bild mit dem gewölbten Rücken. Dieser Anblick gab ihm seine Besinnung einigermaßen zurück. Es war das Beste, jetzt gleich zu Ende zu kommen, mit einem Schlag das unsägliche Opfer zu vollbringen.

„Nun wohl ja, mein Fräulein," sagte er, die Augen starr auf das Feuer gerichtet, als könne er nur mühsam die Worte zu seiner Rede finden. „Sie haben richtig gerathen. Frau Grenduret ist sehr wegen Ihrer Zukunft besorgt und unglücklich, daß durch Ihre Schuld eine glänzende, unerhoffte Heirath — es sind dies die eigenen Worte Ihrer Mutter — nicht zu Stande kommen soll. Sie hat mich gebeten, meine Ueberredungskunst mit der ihrigen zu verbinden, da sie sich mit oder ohne Recht einbildet, daß ich auf Sie einigen Einfluß hätte. Auf die Gefahr hin, Ihnen zu mißfallen . . ."

„Meine Mutter hat nicht so Unrecht, wie Sie in Ihrer Bescheidenheit es annehmen möchten. Sie haben auf mich den Einfluß eines bewährten Freundes, eines älteren Bruders, dem man sein ganzes Vertrauen schenkt. Um Ihnen den Beweis zu liefern, erkläre ich mich bereit, blindlings Ihrem Rathe folgen zu wollen."

„Blindlings?"

„Ja . . . also was rathen Sie mir?"

Was er ihr riethe! Der Boden wankte unter seinen Füßen. Der ganze Salon drehte sich mit ihm, die Möbel tanzten, die Kommode neigte sich, die Bilder, der Stickrahmen wirbelten vor seinen Augen.

„Was ich Ihnen rathe? . . . Herr Parizot ist, wie man mir sagte, reich, jung und von angenehmem Aeußern. Er vereinigt in sich alle Eigenschaften, welche eine . . . vernünftige Frau sich wünschen kann. Diese Frau würde, wenn sie ihn nicht lieben könnte, doch zum mindesten an seiner Seite ein höchst angenehmes, gesichertes Leben finden, das Glück und den Frieden am eigenen Heerde . . . Heirathen Sie ihn!"

Als er diese Worte im Tone der Bitterkeit hervorstieß, stand sie mit stolz erhobenem Kopfe und zitternden Lippen auf.

„Sie geben mir einen solchen Rath? — Sie . . . Sie . . ."

„Nein, nicht ich," antwortete traurig Thibault, „die Vernunft."

„Die Vernunft, das ist wahr. Herr Parizot ist reich, ich! ich bin arm. Herr Parizot liebt mich vielleicht, ich, ich liebe ihn nicht, fühle, daß ich ihn niemals lieben werde. Ich weiß nicht, wie man sich unter diesen Umständen heirathen kann. Ich glaube, daß man dies eine Vernunftheirath nennt, ich nenne das: sich verkaufen! Ob arm oder reich, ich werde nur den Mann heirathen, den ich liebe. Da haben Sie meine Antwort."

Nichts konnte Thibault willkommener sein, als diese stolze Antwort, aus der die ganze Seele Luisen's hervorklang. Aber warum erbleichte er so plötzlich? Warum umklammerte seine Hand so krampfhaft den Rand des Tisches? Weil ihm in diesem Augenblick ein Licht aufging. Aus der Energie, der Heftigkeit, mit welcher Luise ihre Antwort hervorgestoßen hatte, schloß er auf etwas ganz Anderes, als weiblichen Stolz.

Und in dem abscheulichen Drange, sein Ideal mit Füßen zu treten, seine Liebe in Verachtung zu tränken, lieh er seinem Verdachte in den Worten Ausdruck:

„Fräulein, wenn Sie Jemanden lieben . . ."

Luise schaute ihn verwirrt an.

„Ich Jemanden lieben?"

Und dann mit festem, hoheitsvollem Ton:

„Habe ich das gesagt? Gut, ich will es nicht leugnen. Aber mit welchem Rechte richten Sie die Frage an mich, Herr d'Orlanges?"

„Mit dem Rechte eines alten Freundes", antwortete Thibault weniger herbe, „als älterer Bruder, in welchen man volles Vertrauen setzt, und der um nicht länger unbescheiden zu scheinen, sich zurückzieht, schmerzlich bewegt durch den Kummer, den er veranlaßt hat."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.